

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 25. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Das Herrenhaus macht Scharf.

Die Gefahr, daß wir in Preußen mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie beglückt werden, rückt immer näher. Die heutigen Verhandlungen des Herrenhauses über das Vereinsgesetz lassen keinen Zweifel mehr, daß die immer lechter ihre Haupt erhebende Reaktion, wenn sie ihr Ziel nicht schon im Laufe der gegenwärtigen Tagung erreicht, nichts unversucht lassen wird, um sobald als möglich ein ihr genehmtes Vereinsgesetz zu bekommen.

Wer noch nicht davon überzeugt war, welche gewagtes Spiel die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses trieb, dem mußten heute endlich die Augen aufgehen. Einzig und allein sie ist schuld daran, daß die lex Nebe nicht schon im Laufe der gegenwärtigen Tagung erreicht, nichts unversucht lassen wird, um sobald als möglich ein ihr genehmtes Vereinsgesetz zu bekommen.

Wer noch nicht davon überzeugt war, welche gewagtes Spiel die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses trieb, dem mußten heute endlich die Augen aufgehen. Einzig und allein sie ist schuld daran, daß die lex Nebe nicht schon im Laufe der gegenwärtigen Tagung erreicht, nichts unversucht lassen wird, um sobald als möglich ein ihr genehmtes Vereinsgesetz zu bekommen.

War noch gestern in der Presse die Meinung verbreitet, daß das Herrenhaus die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederherstellen und daß die Regierung dann auf die Weiterberatung des Gesetzes keinen Werth mehr legen und den Entwurf insolge der Ausschließlichkeit zurückziehen würde, so ist nach den heutigen Debatten auch diese letzte Hoffnung auf das Scheitern der Vorlage geschwunden.

Das Herrenhaus ist bereit, alles daran zu setzen und bis spät in den Hochsommer hinein zu tagen, um die Vorlage so reaktionär wie möglich zu gestalten. Es weiß sehr wohl, welcher Wind jetzt weht und daß eine so günstige Gelegenheit zur Erfüllung seiner Wünsche so bald vielleicht nicht wiederkehrt.

Und auch die Regierung, deren Stellung bisher im Unklaren geblieben war, hat nun endlich Farbe bekant. Herr v. B. Rede ist aus seiner „vornehmen Reserve“ herausgetreten und hat erklärt, daß die Regierung auf das Zustandekommen neuer vereinigungsgesetzlicher Bestimmungen den größten Werth legt und, falls das Herrenhaus der Vorlage eine einigermaßen annehmbare Gestalt giebt, auf seine Durchberatung auch im Abgeordnetenhaus besteht. Selangt aber der Entwurf nach drei bis vier Wochen nochmals an das Abgeordnetenhaus, so ist es, namentlich wenn die Regierung ihr Einverständnis mit dem so gestalteten Entwurf verkündet, nicht unwahrscheinlich, daß ein, wenn auch nur kleiner Theil der Nationalliberalen umfällt. Haben sich doch bereits vor der zweiten Abstimmung im Abgeordnetenhaus 14 Nationalliberale gefunden, die entschlossen waren, den Redlich'schen Anträgen zuzustimmen, falls die Mehrheit ihrer Partei es über sich gewonnen hätte, die ganze Vorlage zu verwerfen! Das giebt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß, zu weit schlimmeren Befürchtungen, als die heute ausgesprochene Parole des Königs Stumm, die nationalliberalen Wähler aus Industriegegenden sollten ihre Vertreter zwingen, bei einer nochmaligen Abstimmung den Saal zu verlassen oder aber für den Entwurf des Herrenhauses einzutreten. Noch wollen wir nicht hoffen, daß die Nationalliberalen dem Winke gehorchen und sich auch in diesem Falle wankelmützig zeigen, noch wollen wir glauben, daß sie in ihrem eigenen Interesse ihrer bisherigen Haltung treu bleiben werden, um nicht den letzten Rest von Achtung im Volke zu verlieren. Freilich, schwoören können wir darauf nicht, und so bleibt die Furcht, daß der Redlich'sche Entwurf Gesetz wird, vorläufig noch bestehen.

Käme es nur auf den Inhalt der Reden an, so lohnte es sich wirklich nicht der Mühe, über die heutigen Verhandlungen auch nur ein Wort zu verlieren. Phrasen, wie man sie höchstens noch in den zurückgebliebenen Gegenden unseres Vaterlandes ab und zu zu hören bekommt, wie „Konfiskation des Eigentums“, „Vernichtung jedes Erwerbszweiges“, wurden für Ernst genommen und mit Beifall begrüßt, ja selbst Brand, Mord und andere Schandthaten wurden an die Wand gemalt, um die sozialdemokratische Gefahr in den grellsten Farben zu schildern. Kein Wunder, daß es manchen der hohen Herren, die sich wenig um Politik gekümmert haben, kalt überließ und daß sie aus Angst und Schrecken vor dem, was ihnen bevorsteht, sich zu allem bereit erklärten.

So abgeschmacktes und faßes Zeug ist wohl selten oder nie gegen die Sozialdemokratie vorgebracht worden. Gegen das, was diese Vertreter des erblichen Grundbesitzes, diese aus allerhöchstem Vertrauen herausen Volksbeglucker, ja selbst die meisten Oberbürgermeister als Beweis für die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie anzuführen mußten, sind die Reden der konservativen Führer im Abgeordnetenhaus, die doch gewiß an Ungeheuerlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, wahre Meisterleistungen. Wie sich die Sozialdemokratie im Hirn dieser Leute widerspiegelt, wie es nach Ansicht dieser „Edelsten der Nation“ in Volksversammlungen, zu denen sie selbst freilich niemals hinabsteigen, zugehen soll, dafür nur wenige Beispiele: In Königsberg sollen Sozialdemokraten mit Drehschlegeln bewaffnet

in Volksversammlungen gekommen und diese Drehschlegel so lange über den Köpfen der Redner geschwungen haben, bis sie aus Furcht, erschlagen zu werden, aus Wort verzichteten. Fälle, wo solchen Arbeitern, die zur Zeit eines von sozialdemokratischer Seite inszenierten Streiks arbeiten, plötzlich „aus Zufall“ ein Stein auf den Kopf fällt, der ihnen das Leben raubt, gehören nach Meinung dieser weisen Gesetzgeber zu den Alltäglichkeiten. Die Terrorisirung seitens unserer Partei soll eine so große sein, daß niemand mehr seines Lebens sicher ist und daß andere Parteien überhaupt keine Versammlungen mehr abhalten dürfen. Der Spieß wird also einfach umgedreht: Nicht uns soll das Vereinsrecht seitens der Regierung und der herrschenden Klassen verkümmert werden, nein wir haben kraft unserer Macht den anderen das freie Vereins- und Versammlungsrecht genommen, und dafür sollen wir jetzt büßen. Das preussische Herrenhaus als Vergeltung des dem Volke seitens der Sozialdemokratie zugefügten Unrechts! Wäre es nicht so tieftraurig, daß solchen Hohlköpfen ein so maßgebender Einfluß zuerkannt ist, so könnte man wahrhaftig in ein schallendes Gelächter über diese Weisheit ausbrechen.

Was der frühere Staatsminister v. Puttkamer, der sich ja im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die schwersten Niederlagen zugezogen hat, was König Stumm in seiner Allweisheit, was der Junker Klindowström in seiner Furcht vor einer sozialdemokratischen Propaganda auf dem Lande vorbrachten, beweist nur, daß diese Herren nichts zugelernt haben und auch wohl niemals etwas zulernen werden. Das Schlimme ist nur, daß solche Leute einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben.

Und noch eins. Ist es nicht mehr als dreist, wenn jemand sich über den Ton in Volksversammlungen entrüstet und Mittel zur Abhilfe ersinnt, der selbst nicht davor zurückschreckt, in dem angeblich vornehmsten Parlamente die sozialdemokratischen Arbeiter, die die Versammlungen besuchen, als „Lausejungen“ zu bezeichnen und die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion frech und dreist zu nennen, weil sie, von ihrem Rechte Gebrauch machend, die Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragrafen beantragt hat? Wer sich solche Schmachlosigkeit zu Schulden kommen läßt, der sollte nicht wagen, über andere zu Gericht zu sitzen. Als strafwürdig fällt einzig und allein der Unstand ins Gewicht, daß es König Stumm war, dem diese Worte entfielen.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen, aus der er in neuerer, aber nicht besserer Form wieder aus Tageslicht befördert werden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. Juni.

Aus dem Reichstage. Der Antrag unserer Genossen, die Vorlage der Regierung über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Konfektionsbranche in die Handwerker-Vorlage aufzunehmen, ist den verschiedenen bürgerlichen Parteien wieder recht ungelogen gekommen. Die Zustände in der Konfektionsbranche, wie sie durch die gepflogenen Erhebungen festgestellt wurden, sind so ungelogen, daß keine Partei sie ignorieren kann. An Versicherungen, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen müsse, fehlte es bisher deshalb nicht, aber wie immer, will man es eben bei diesen Versicherungen bewenden lassen.

Dieses Spiel ist nun durch den Vorstoß unserer Genossen verdorben worden und deshalb die einhellige Front gegen unsere Partei von Richter bis hinüber zu Levetzow.

Die Gründe, welche die einzelnen Parteien in ihrem Verhalten gegen den sozialdemokratischen Antrag bestimmten, waren freilich verschiedenster Art. Während Herr v. Levetzow die ungelegene Zeit ins Treffen führte, worin er vom Zentrumsredner unterstützt wurde, entdeckte der Großindustrielle Herr von Seyl sein arbeiterfreundliches Herz. Dieser Herr begründete seine ablehnende Haltung damit, daß die Vorlage im Arbeiterschutz nicht weit genug gehe.

Ganz als Manchestermann gab sich Herr Richter heute wieder. Die Grundregel alles Uebels auf dem Gebiete der Frauenarbeit ist für ihn, daß für die Frauen noch gewisse Berufsbeschränkungen existiren. Wenn die Frauen erst mauern und Kessel schmieden, dann ist wohl die Frauenfrage gelöst. Natürlich fehlte auch der alte Vorwurf nicht, daß die Sozialdemokraten der Polizei zu viel Spielraum einräumen wollen.

Wenn dieselbe Polizei, deren Thätigkeit auf dem Wohlfahrtsgebiete zu gunsten der Arbeiter Herrn Richter so schwer ärgert, die Arbeiterorganisationen zerstört und zu gunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter Partei erweist, dann sieht Richter den Fall freilich anders an und man sucht in seinen Reden und in seiner Zeitung vergebens einen konsequenten Kampf gegen solche Uebergriffe.

Diese verschiedenen Einwände und Angriffe wies Genosse Singer in energischer und geschickter Weise zurück, nachdem vorher Genosse Wollenkühler unseren Antrag sachlich begründet hatte. Da alle bürgerlichen Parteien darin einig waren, daß sie die paar Tage nicht übrig haben, welche notwendig gewesen wären, um dieses so geringe Arbeiterschutz-Gesetz durchzubringen, zogen unsere Genossen nach der ersten Abstimmung den Antrag, soweit er sich auf Aenderungen der Gewerbe-Ordnung bezog, zurück.

Ebenfalls an der ablehnenden Haltung der bürgerlichen Parteien scheiterte der Antrag, dem Bundesrath das Recht

einzuräumen, die Krankenversicherung auf die Hausindustriellen und Heimarbeiter auszudehnen. Der Antrag wurde von Singer begründet.

Der nun folgende zweite Punkt der Tagesordnung, die Servistarifvorlage, wurde ohne erwähnenswerthe Debatte erledigt und dann in namentlicher Abstimmung die Handwerker-Vorlage mit 188 gegen 118 Stimmen angenommen.

Morgen 12 Uhr: Nachtragsetat.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit Petitionen, von denen nur die von Helene Lange und Marie Mallien ein öffentliches Interesse beansprucht, wonach den Frauen, welche die vorchristliche Reifeprüfung abgelegt haben, der Besuch der preussischen Universitäten unter denselben Bedingungen wie den männlichen Abiturienten gestattet werde. Gegen den auf Uebergang zur Tagesordnung lautenden Antrag der Kommission erhob Abg. Richter (rs. Bg.) lebhaften Widerspruch unter den Hinweis darauf, daß sich Preußen von allen Kulturländern allein ablehnend gegen eine so berechtigte Forderung verhalte. Seine Bemühungen waren aber erfolglos, denn die konservativ-liberale Mehrheit trat dem Kommissionsantrage bei. Es bleibt also alles beim alten.

Morgen steht die Interpellation v. Arnim betr. die Frühbörse auf die Tagesordnung.

Die vergleichenden Flotten-Tabellen (der englischen und der deutschen Flotte), die der deutsche Kaiser eigenhändig für den Reichstag angefertigt hat, sind zweifellos ein sehr verdienstliches Werk. Sie machen es jedem, der einigermaßen Augenmaß und die Kenntniß des Einmaleins besitzt, möglich, auszurechnen, daß wir ungefähr zehnmal so viel Geld ausgeben müßten, als bisher, um mit den Engländern gleichen Schritt halten zu können, und daß es uns ungefähr die Kleinigkeit von 3000 Millionen kosten würde, um so weit zu kommen, wie die Engländer jetzt sind. Die Befürworter der erfolglosen Flottenpläne finden in den neuesten kaiserlichen Flotten-Tabellen vorzügliche Waffen.

Das neue Infanteriegewehr. Das Gerücht, daß die allgemeine Einführung eines neuen Infanteriegewehrs beschlossen und eine größere Bestellung bereits erfolgt sei, wird vom „Leipz. Tagebl.“ bestätigt. Im sächsischen Armeekorps sei wie in anderen ein Bataillon bereits zum Massenversuch mit einem Gewehr neuesten Modells bewaffnet, dessen Hauptvorzüge in noch kleinerem Kaliber als dem bisherigen und in einem Mechanismus bestehen sollen, der alle Ladevorrichtungen außer der Füllung des Magazins selbstständig besorgt. Allen Anschein nach stehe uns wieder eine völlige Neubewaffnung der Infanterie bevor.

So geht das Jagen nach immer „vollkommeneren“ Waffen fort und fort. Heut die Artillerie, morgen die Marine, übermorgen die Infanterie und so weiter, Waffengattung gegen Waffengattung, Nation gegen Nation — ein wahnwitziges Beginnen!

Und die Kosten! Die Bewaffnung der Infanterie mit einem neuen Gewehr ist kein billiger Spaß. Die Regierung wird den Steuerzahlern bald die Rechnung präsentieren und sie wird gepfeffert sein! —

Die Katheder-Sozialisten gegen König Stumm. Die Professoren Delbrück, Schmoller, Wagner wenden sich gegen Stumm's Herrenhausrede. An den Vertreter der Berliner Universität im Herrenhaus, Professor Hirsch, richteten sie ein öffentliches Schreiben mit der Bitte, es zur Kenntniß des Hauses zu bringen.

Aber ach, daß soll eine Abwehr der unwahrscheinlichen, dreisten, protigen Herausforderungen des Freiherrn sein! Hatte Stumm den Herren Professoren vorgeworfen, daß sie „an Stelle der royalistischen Sozialpolitik einen demagogischen Sozialismus gesetzt hätten“, daß sie den Klassenkampf proklamirten, gegen Kapital und Besitz aufstehen, die ganze Gesellschaftsordnung, den Begriff des Eigentums in Frage stellen — so kommen nun diese tapferen Kathederherren und betheuern mit stehender Geberde und weinerlicher Stimme: Er hat uns Unrecht gethan; solch böse Dinge haben wir nimmer verübt; im Gegentheil, wir haben gerade den Marx kritisch zerlegt, die Sozialdemokratie widerlegt; wir haben stets gar vorsichtig und milde für Reformen gewirkt und nie über das Kapitel und den Besitz Verdammiß gesprochen.

Einen etwas kräftigeren Ton gegen den Scharfmacher an der Saar hätte man doch vielleicht von den Herren Katheder-Sozialisten erwarten sollen. Statt ihn und seine Unwissenheit zu züchtigen, drückt sich der Professor und entschuldigt sich demüthiglich.

Der Herrscher von Neunkirchen darf mit der Abwehr der Delbrück, Schmoller, Wagner höchlichst zufrieden sein!

Der Friedensschluß soll nach dem „Standard“ an diesem Sonnabend zu erwarten sein. In Athen nimmt man an, daß die Kriegenschädigung wohl auf 70 Millionen Franks festgesetzt werden würde, welche innerhalb 4 Jahre in Teilzahlungen zu entrichten seien. Der griechische Minister des Auswärtigen sagte dem Gewährsmann des „Chronicle“, dies bedeute den Ruin; die Griechen würden natürlich in anbetracht ihrer Hilflosigkeit diese oder vielleicht eine größere Summe genehmigen müssen, aber die Mächte würden das Geld finden müssen, da Griechenland dazu außer Stande sei. Das englische Blatt fügt hinzu, die höchste Summe, die mit Mühe zusammengebracht werden könnte, seien 50 Millionen Papierfrank; werde eine größere Summe festgesetzt und die Zahlung vor der Klärung des Thessaliens beansprucht, dann würde dies thatsächlich die Einverleibung Thessaliens in die Türkei bedeuten. Eine Abgrenzung

Drachtung des Standard meldet, 30 000 frische türkische Truppen seien aus Kleinasien in Thessalien angekommen und marschieren mit fünf Batterien von Paphalos nach Domolos.

Offenbar ist der Friede noch bei weitem nicht gesichert, es können sich noch sehr schwere Zwischenfälle ereignen. —

Deutsches Reich.

— Wann die Ministerkrise gelöst werden wird — gerüht, soweit überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen von Lösung gesprochen werden kann — weiß niemand. Die einen mutmaßen im Herbst, die anderen schon Anfang Juli. Miquel ist zum Kaiser nach Kiel gereist, vielleicht kommt er schon in neuer Würde zurück. Herr v. Bülow, der Marckall-Nachfolger, soll nicht recht Lust zu dem neuen Amt haben; das Zentrum sieht in Bülow's Berufung die Abfuhr der Regierung, eine andere, schärfere Diktatur gegen diese Partei anzunehmen zu wollen. —

— Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Wiesbaden hat der Kandidat der freisinnigen Volkspartei Wintermeyer am Mittwoch über den Zentrumskandidaten v. Fugger gesiegt. Der erstere erhielt circa 13 500 Stimmen, v. Fugger circa 8500 Stimmen. Im ersten Wahlgang war die Stimmverteilung die folgende: Freisinn 6761, Zentrum 5541, Sozialdemokrat 5207, Nationalliberaler 3058. Die Verteilung war bei der Stichwahl eine stärkere als bei dem Hauptwahl. Die hohe Zahl ihrer Stimmen verbannt die freisinnige Partei offenbar den sozialdemokratischen Wählern. Außerdem erhielt sie die Stimmen, die auf den Nationalliberalen gefallen waren; ein anderer Teil der Stimmen des nationalliberalen Kandidaten, für den auch die konervative Partei eingetreten war, ging in der Stichwahl auf den Zentrumskandidaten über. —

— Protest-Versammlungen gegen die Verschlechterung des Vereinsgesetzes fanden statt in Raasdorf bei Hünnerode und Kirchhain, wo Siedermann, Dresden referierte, in Herden, wo Dr. Friedrich-Bremm sprach; Rauen, Friedrichshagen, Eisenberg, Kahl in Thüringen, Reichenbach S.-M., Schaubertshausen bei Neuselbisch S.-M. (Referent Kappler-Altenburg), Osterwiel am Harz (Dahlens-Valberstadt), Kiel (Frau Jhrer), ferner in der Hamburger Umgegend. In Breslau protestierte das Gewerkschaftskomitee nach einem Referat von Brühns, desgleichen die in der Versammlung anwesenden Frauen und Mädchen in einer besonderen Resolution nach einer Rede der Gen. Geiser.

— Der Verein für Sozialpolitik hat beschlossen, eine Feststellung der Existenzgrundlagen des Kleinhandels in den verschiedenen Bundesstaaten vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Erhebungen soll als Unterlage für positive Anträge und für gesetzgeberische Maßregeln dienen können. Es haben sich eine größere Anzahl von Handelskammern und kaufmännischen Verbänden unter der Handelskammer zu Hannover als Vorort vereinigt, eine Anleitung zu einer Enquete über die Lage des Kleinhandels aufgearbeitet und versenden diese nun an Männer der Wissenschaft und Praxis mit dem Ersuchen um Vornahme entsprechender Untersuchungen. Insbesondere werden auch die Professoren und Leiter von volkswirtschaftlichen, handelswissenschaftlichen und statistischen Seminaren gebeten, die Hörer auf das Unternehmen aufmerksam zu machen und ihnen die Mitarbeit anzupfehlen. Neben Schilderungen bestimmter Kleinhandelszweige sei es von Wert, eine Anzahl Monographien zu beschreiben, welche je eine den Kleinhandel bedrohende, schädigende oder belästigende Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens in objektiver und ebenfalls möglichst auf Tatsachen sich stützender Weise besprechen, wie z. B. Konsumvereine, die verschiedenen Formen des Wandergewerbes, Versandthäuser und Waarenmagazine, Waaren- und Wanderauktionen etc., so daß also die Gesamtheit der Arbeiter in ihrem ersten Teil die Anatomie des Klein- und Zwischenhandels, in ihrem zweiten Teil die Pathologie der tatsächlichen oder angenommenen krankhaften Erscheinungen desselben bilden wird.

— Ueber die Wädertverordnung sprechen sich jetzt die Berichte der Fabrikinspektoren aus. Aus allen ihren Mittheilungen geht so viel hervor, daß von großen wirtschaftlichen Schädigungen der Wädertverordn. nichts bemerkt worden ist. Im übrigen können die Jäger mit den Gewerbe-Aufsichtsbeamten sehr zufrieden sein. Wir werden hierauf noch näher zurückkommen.

— Behandlung der Polen. Die polnische „Gazeta Torunská“ sagt ihren Lesern, die Presseprozeße seien bei ihr das alltägliche Brot geworden, sie seien so zahlreich, daß man sie erst gar nicht erwähnen, aber damit die Leser einen Begriff davon bekommen, welche Ausdehnung die Sache angenommen habe, wolle das Blatt feststellen, daß es in den letzten 15 Monaten gegen 2000 M. Strafe und Kosten habe zahlen müssen. Die Gerichtsvollzieher seien bei den Redakteuren keine seltenen Gäste mehr. —

— Der württembergische Landtag ist in der Beratung des Einkommensteuergesetzes bereits weit vorgeschritten. Man hofft, sie in der nächsten Woche beendigen zu können. Dann wird jedenfalls erst eine Vertagung eintreten und die Beratung des neu eingebrachten Regierungsentwurfs betr. die periodische Wahl der Ortsvorsteher für später vorbehalten bleiben.

Hamburg, 24. Juni. (Fig. Ber.) Die Hamburger Bürgerschaft nahm gestern Abend einen Antrag des Senats an, wonach der Hamburger Hafen um ein ganz beträchtliches vergrößert werden soll. Es soll außer einem inländischen Schutenhafen ein neuer Seeschiff-Hafen und ein neuer Flussschiff-Hafen mit den gehörigen Nebenanlagen auf der Elbinsel Ruhlwarder, also etwas elbdwärts von den bisherigen Hafenanlagen erbaut werden. Die Einfahrt in die neuen Hafenanlagen soll durch gewaltige Schleusen von 18 Metern Breite und 120 Metern Länge bewerkstelligt werden. Der Bau der neuen Anlagen, für welchen insgesamt 11 600 000 M. bewilligt wurden, wird circa 5 Jahre in Anspruch nehmen. In den Motiven zur Senatvorlage heißt es, daß der steigende Verkehr im Hamburger Hafen die neuen Anlagen dringend erfordere; allein in diesem Jahre seien schon 300 Schiffe mehr im Hamburger Hafen eingelaufen, als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bürgerschaft nahm, wie gesagt, die Vorlage gleich in erster Sitzung definitiv an, so daß sofort mit dem Bau begonnen wird.

— Koloniale. Die Meldung vom Tode des Hottentottenkapitän Hendrik Witboi hat sich nicht bestätigt. In Walvischbai war allerdings von englischen Händlern, die aus dem Innern zur Küste zurückkehrten, die Nachricht eingebracht worden, daß Witboi bei Wiboon von zwei Hereros aus dem Hinterhalt erschossen worden sei. Diese englische Meldung ist nun dahin zu ergänzen, daß allerdings ein Witboi von Hereros ermordet wurde, aber nicht der alte Hendrik oder einer seiner Verwandten, sondern nur einer seiner Unterthanen. Bekanntlich nennt man dort häufig die Leute ganzer Stämme nach dem Namen ihrer Oberen; so war es auch hier.

Schweiz.

Jürich, 21. Juni. (Fig. Ber.) Eine offenbar von den sozialistischen Wortführern des Kantons Jürich in 80 000 Exemplaren unentgeltlich vertheilte Broschüre feiert in behrten Worten die wahre Sittlichkeit, verdammt auf's schärfste die Sittlichkeitsheuchelei und fordert das Volk zur Verwerfung der Sittlichkeits-Initiative, über die am nächsten Sonntag die Volksabstimmung stattfindet, auf. Wie immer solche Machwerke, so wird auch diese Broschüre der Händler mit Menschenfleisch die gegenwärtige Wirkung haben und erst recht zur Annahme der Initiative oder des gleichbedeutenden behrlichen Gegenvorschlags führen. Die Sozialdemokraten werden ebenfalls dafür stimmen. Die Jüricher Arbeiter-Union hat Zustimmung zum Gegenvorschlag beschlossen und zwar durch Annahme folgender Resolution: „Die Prostitution ist die faule Frucht einer schlechten Gesellschaftsordnung. Sie kann nicht durch Strafgesetze und Polizeimaßregeln, sondern nur durch gründliche soziale Reformen im Sinne der Sozialdemokratie beseitigt werden. Es wird Prostitution geben: 1. so lange als die faktische Möglichkeit der Eheschließung durch die sozialen Zustände und Gegenstände ungemünzt erschwert ist; 2. so lange es viele arme Frauen und verhältnismäßig wenig reiche

Männer gibt; 3. so lange der größte Fleiß einer Arbeiterin nicht hinreicht, sie vor Hunger zu schützen und so lange Löhne von 1 Fr. und noch weniger im Tag bezahlt werden; 4. so lange die Frau nicht völlig frei und sozialpolitisch gleichberechtigt mit dem Mann ist; 5. so lange die Bildung und Erziehung des Volkes und besonders die der Mädchen so vernachlässigt wird. Obgleich das Gesetz betreffend Abänderung des Strafgesetzbuches über die Verbrechen gegen die Sittlichkeit Bedenken erregt, so erklären wir uns doch für dasselbe, weil es ein Verrecht der reichen Verbrecher, die Noth und Schändung begeben, abschafft und weil es ein Versuch ist, die Prostitution einzudämmen und die geschlechtliche Sittlichkeit zu heben.“ — Ein interessanter Beitrag zum Kampf für Sittlichkeit dürfte folgendes sein: Vor einigen Monaten erregte es im In- und Auslande einiges Aufsehen, daß der Jüricher Kantonsrath den seit Mitte der sechziger Jahre wegen Mord im Juchthaus gefesselten zu lebenslänglicher Strafe verurtheilten Hauser von Lutlingen (Württemberg) begnadigte und in seine Heimathsgemeinde abschob, welche letzteres die Regierung allerdings nicht wollte, sondern die Stellung unter Polizeiaufsicht. Dieser Hauser war nun der uneheliche Sohn eines Dienstmädchens aus Lutlingen und eines Jüricher Bourgeois, der offenbar Mutter und Sohn vernachlässigte, so daß dieser ohne Erziehung aufwuchs und zum Raubmörder wurde. An diese Verhältnisse ändern nun die vorliegenden Sittlichkeits-Vorschläge gar nichts. Die Verführung von armen Mädchen durch reiche Wähllinge wird auch in Zukunft stattfinden und deren Opfer werden als ihr Schicksal, schlechte Erziehung und Juchthaus erleben. Die Sittlichkeits-Vorschläge hätten auch die Pflichten solcher Verführer gegenüber den unglücklichen Mädchen und ihren unglücklichen unehelichen Kindern regeln sollen. —

Bern, 24. Juni. Unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesversammlung ermächtigte der Bundesrath den Schweizerischen Gesandten in Paris, mit den Vertretern der anderen der lateinischen Mänjunion angehörenden Staaten einen Zusatzvertrag zum Zweck der Erhöhung des Kontingents von Silberseidemaschinen zu unterzeichnen.

Bern, 24. Juni. Der Ständerath hat nach langer Beratung die Artikel 2, 3 und 4 der Eisenbahnrücklauf-Vorlage in der Kommissionsfassung mit unwesentlichen Abänderungen angenommen. Es waren zahlreiche Abänderungsanträge gestellt, die meistens derselben wurden jedoch abgelehnt. Die folgende Bestimmung gelangte zur Annahme: Der Bund ist befugt, den Betrieb von Nebenbahnen zu übernehmen und in Betriebverträge, welche zwischen Haupt- und Nebenbahnen abgeschlossen sind, einzutreten. —

Belgien.

Brüssel, 24. Juni. Der unabhängige Kongostaat stellt in aller Form die von der „Réforme“ verbreiteten Nachrichten in Abrede, wonach die Expedition Dhan's gänzlich niedergemetzelt worden sein sollte. Der Kongostaat hat vielmehr im Widerspruch zu der Meldung der „Réforme“ keine Nachricht über diese Angelegenheit erhalten. —

Spanien.

Anarchisten und Lortur. Der spanische Publist Larrida del Marmel, welcher sich abwechselnd in England und Frankreich aufhält und gegen das Kriegsgericht von Montjuich Stimmung gemacht hat, fordert in der „Revue blanche“ Canovas in die Schranken, den er den Henker Unschuldiger nennt. Er will beweisen, daß der wahre Urheber des Dynamitattentats von Barcelona, ein Anarchist, welcher die Gefolterten von 1893 und die Dingerichteten von 1894 rächen wollte, sich niemals in den Händen der Justiz befunden hat, daß die Bomben, deren Ursprung der Untersuchungsrichter Marjo nicht zu erklären vermochte, von einem gewissen Nomo verfertigt und zu 11,50 Francs das Stück verkauft worden sind, daß endlich die Aussagen, die dem ungeheuerlichen Prozesse von Montjuich zur Grundlage gedient haben, falsch waren und den Jüngern durch Folterquäl und Drohungen entziffen worden sind. Es sollen zu diesem Behufe drei Ehrengerichte eingesetzt werden, eines in London, mit dessen Bildung der Leiter des „Daily Chronicle“, Mastigham, sich bereits einverstanden hat, eins in Paris, als dessen Mitglieder Larrida del Marmel die bekannten Prekeltler Rochefort, Cassagnac, Drumont, Clemenceau und den Gründer der „Revue blanche“, M. Ratanon, vorschlägt, und endlich das dritte in Madrid. Larrida würde sich verpflichten, falls er die Beweise für seine Behauptungen nicht zu erbringen im stande wäre und seine Anschuldigungen gegen Canovas del Castillo, die Richter und Gendarmen von Montjuich sich als unbegründet herausstellten, sich den spanischen Gerichten auszuliefern und die Strafe über sich ergehen lassen, die das Gesetz den Verleumdern androht.

Affien.

Aus Indien kommen bedeutliche Nachrichten. Während zwei englisch-indische Truppenbrigaden nach der afghanischen Grenze marschieren, um die Gebirgskämme, die eine englische Truppenabtheilung ausgraben haben, zu bestrafen, wird aus Bombay, also aus altenglischem Gebiet, gemeldet, daß ein englischer Offizier meuchlings getödtet, auf einen höheren englischen Beamten ein Mordversuch gemacht worden ist. Das sind Symptome, die umso ernster sind, als der indische Nationalcharakter außergewöhnlich sanft ist, sobald gewaltsame Ausbrüche ohne außergewöhnliche Aufregung nicht zu erklären sind. —

Aus Bombay wird hierzu noch gemeldet: Die Ueberrfälle haben große Erregung hervorgerufen. Es ist eine Belohnung von 10 000 Rupien auf die Entdeckung der Thäter ausgesetzt. Die Angriffe werden in Verbindung gebracht mit in Poona und Bombay verbreiteten, mit der Überschrift „Dreihundert Millionen menschliche Wesen“ versehenen Flugblättern, in welchen unter Hinweis auf das Jubiläum der Königin Victoria diese beschimpft und die Hilfe der zivilisirten Völker für die in der Sklaverei lebenden Indier angerufen wird.

Amerika.

— Die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wegen der Hawaii-Amerjton scheint scharfer zu werden. Aus Washington wird telegraphirt:

Der Vertrag mit Hawaii ist an einen Auserausschuss verwiesen worden, welcher über die Möglichkeit aus dem Vertrage entstehende Verwicklungen berathen soll. Wie es jetzt heißt, hatte der Einspruch Japans gegen die Einverleibung von Hawaii fast den Charakter eines Ultimatus; die Einverleibung wird in dem Einsprüche als geeignet bezeichnet, den Handel im nördlichen Stillen Ocean zu fördern und Vertragsrechte aufzuheben.

Die Antwort der amerikanischen Regierung läuft auf eine nachdrückliche, gesetzliche Vertheidigung der Stellung der Vereinigten Staaten hinaus und führt zur Unterföpfung der Ansprüche der Vereinigten Staaten viele Beispiele aus dem internationalen Rechte an.

— In der kubanischen Frage scheint sich eine entscheidende Wendung vorzubereiten. Die Reformkomödie, welche die spanische Regierung in Szene setzte, hat bei den zunächst Beteiligten nur einen Lachersfolg gehabt. Die Verhandlungen mit den Aufständischen dauerten nur ganz kurze Zeit, da die Unannehmbarkeit sofort in die Augen sprang. Die Feindseligkeiten, nur auf etwa acht Tage unterbrochen, wurden allgemein wieder aufgenommen, und von den Spaniern wird seitdem der Krieg in Ermangelung taktischer Erfolge, mit verdoppelter Grausamkeit geführt. Dies hat die Ausregung in den Vereinigten Staaten wesentlich gesteigert — um so mehr, als auch viele amerikanische Bürger die Opfer spanischer Grausamkeit geworden sind. Der neue Präsident, Mac Kinley, war schon von vornherein der Lösung Kubas von Spanien geneigt; diese Meinung hat in den letzten Wochen sich sehr verstärkt, und wenn es auch wohl nicht wahr ist, daß der neue amerikanische Gesandte in Madrid, General Woodford, wie der Londoner „Daily Chronicle“ meldet, die Befreiung Kubas von der spanischen Regierung zu erklären, wenn Kubas nicht volle Autonomie gewährt werde, müsse die Regierung von Washington einschreiten, so haben die Dinge doch jedenfalls sich so zugespitzt, daß die Einmischung der Vereinigten Staaten in nächste Nähe gerückt ist. —

— Die sozialistische Arbeiterpartei Brasiliens wird, wie unser Pallastisches Partei-Organ mittheilen weiß, für die nächsten Wahlen eigene Kandidaten aufstellen. Sie sieht sich bereits stark genug, selbständig in den politischen Kampf einzutreten. Die deutschen und sonstigen fremdsprachlichen Sozialisten in Brasilien werden durch die Parteileitung aufgefordert, sich den Wählertitel zu besorgen d. h. sich naturalisiren zu lassen. —

Herrnhäuser.

23. Sitzung vom 24. Juni 1897. 1 Uhr.
Am Ministerische: v. d. Rede, Schönstedt.
Auf der Tagesordnung steht die Beratung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine.

Staatsminister a. D. v. Puttkamer: Die Vorlage ist die wichtigste von allen, mit denen das Haus in den letzten Jahren beschäftigt gewesen ist. Wenn ich meine Meinung darüber ausspreche, weiß ich allerdings nicht, ob ich der Regierung damit einen Dienst erweise, denn bei der ungemeinen Unvollständigkeit meines Namens ist alles, was ich sage, in weiten Kreisen des Volkes sehr verurtheilt. Da ich aber zehn Jahre lang in der vordersten Reihe derer gestanden habe, welche den Umsturz bekämpften, so bin ich gewissermaßen berufsmäßig in der Lage, auch zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. Vorweg möchte ich auch die Behauptung zurückweisen, als ob die Reichsregierung ihre dem Reichstage in dieser Beziehung gegebene Zusage nicht loyal erfüllt habe. Daß eine einfache Aufhebung des Koalitionsverbots dem preussischen Landtage nicht annehmbar zu machen sein würde, konnte die Regierung sich ohne weiteres sagen; kaum im Abgeordnetenhause war das zu erwarten. Auflösung des Abgeordnetenhauses, liberaler Paritätsschub im Herrenhause, solche Gewaltmittel konnten nur vom Standpunkt eines Theiles des Reichstages für die preussische Regierung in betracht kommen. Es war also vollständig in der Ordnung, wenn die Regierung sich entschloß, das Vereins- und Versammlungsrecht im ganzen zu revidiren. Diese Revidirung nimmt den Faden wieder auf, wo er nach dem Erlöschen des Sozialisten- und nach dem Scheitern des Umsturzgesetzes fallen gelassen worden ist. Die Regierung verdient dafür unsere größte Anerkennung (lebhaftes Bravo!), denn wenn eine solche Frage einmal angeschnitten ist, kommt sie nicht wieder zur Ruhe, als bis sie gelöst ist, und man darf auch diesmal vielleicht nicht gelingen, so wird sie, sei es aus der Initiative der Regierung, oder aus unserer gelöst werden. (Wiederholter Beifall.) Der Entwurf ist in sehr verfeinelter Form zu uns gekommen. Im Lande sehen tausende Königssteuer lokaler Männer der Ausdehnung der sozialistischen Gefahr mit Bekümmerniß zu und erwarten dringend, daß der Regierung die Energie wiederkehre, welche die Zurückdrängung dieser Gefahr erfordert. Die Opposition gegen die Vorlage hat das ganze Maßgebende der Argumente wieder mobil gemacht, welche seinerzeit gegen das Sozialistengesetz und die Umsturzvorlage geltend gemacht wurden. Hätte auch nur eines dieser Argumente annähernd den ihm beigemessenen Werth, so würde ich der Regierung rathen, noch heute den Entwurf zurückzugeben, aber so liegt die Sache nicht. Entweder wir erwachen aus der sozialdemokratischen Gefahr, oder sie vernichtet uns, sagte bei der Beratung des Sozialistengesetzes Herr Wamberger. Jenes Gesetz ist dialektisch, aber loyal ausgeführt worden, keine andere Partei hat darunter zu leiden gehabt. Wenn es nun heißt, man werde mit solchen Mitteln die Umsturzpartei fassen, so ist dem gegenüberzustellen, daß nach dem Erlaß des Gesetzes die sozialdemokratischen Wählerstimmen fast ganz verschwanden, bis man 1887 ankam, die Bügel fallen zu lassen und die Zahl sich wieder hob. Erst nach dem Erlöschen des Gesetzes hat die Sozialdemokratie lawinenartig zugenommen. (Sehr richtig!) Die letzten Wahlen haben die ungeheure Zahl von 1 700 000 Stimmen ergeben; wo soll denn das enden? Wer hätte vor 10 Jahren daran gedacht, daß die ungeheuren Arbeitseinstellungen stattfinden würden, wie sie jetzt in Schwung gekommen sind? 1885 genügte ein einfacher Ministerialerlaß, sie zu verhindern. Wo waren damals die gewaltsamen Versuche der Streikenden, die Arbeitseinstellungen von der Arbeit abzuhalten? Also ist das Ausnahmengesetz war nicht im stande gewesen, die Sozialdemokratie einzudämmen, aber es hat die verhältnismäßig ruhigen Zustände bei uns aufrecht zu erhalten vermocht. Die Bewegung soll an Tiefe verloren, an Breite gemindert haben; die Sozialdemokraten seien eine rabulöse Arbeiterpartei geworden. Das ist ein verhängnißvoller Irrthum. Die Sozialdemokratie giebt das vor allen Dingen selbst nicht zu; sie bleibt die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie, die sie war, sie hat keines ihrer Ziele aufgegeben. Solches behaupten zu wollen, schlägt den Thatfachen ins Gesicht. Sie ist allerdings vorsichtiger in der Taktik geworden, sie will aber Vernichtung der bestehenden Gesellschaftsordnung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege. Geistige Bewegungen sollen nur mit geistigen Mitteln bekämpft werden. Auf diese Weisheit brauchen ihre Vertreter nicht sehr stolz zu sein; sie ist ganz unbrauchbar in Beziehung auf die Sozialdemokratie. Sie hat ja noch heute ihre pseudo-wissenschaftlichen Vertreter, aber als politische Partei ist sie keineswegs harmlos oder leusch. Was ist nun dagegen zu thun? Die Großindustrie der großen Städte ist die Nährmutter dieser Partei; das platte Land ist im ganzen bisher Gott sei Dank davon verschont geblieben, es gilt jetzt, den Regel vorzuschieben. Es ist eine unglückliche Thorheit der sozialdemokratischen Partei, daß sie glaubt, die ländlichen Wähler durch die Redensarten ihrer Wähler auf ihre Seite zu bringen. Aber gelingt es ihr, diese auf ihre Seite zu bringen, dann ist der Anfang vom Ende da, und die Verantwortung dafür zu übernehmen wäre ein ungeheures Wagniß, was ich auch den Herren im anderen Hause zu bedenken gebe. Da reicht denn die Vorlage, wie wir sie bekommen haben, nicht entfernt aus. Geben wir das Verbot des Inverbindungstretens der Vereine auf, so kommt das vor allem den Sozialdemokraten zu gute. Wir würden also lediglich einen weiteren Regel fortschieben, und der Ausschluß der Minderjährigen ist nicht im geringsten eine ausreichende Kompensation dafür. Der Standpunkt, daß die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen zur Erziehung unserer Jugend beitrage, ist geradezu haarsträubend. Die gebildete Jugend gehört in die Studierstuben und in die Bildungsanstalten, die Arbeiter gehören in die Werkstube und in die Fabrik.

Der Feind ist die Sozialdemokratie, die muß vor allem bekämpft werden, und es genügt ein Gesetz, welches diese ausschließlich bekämpft. Darum sollten wir das Gesetz ausführen auf die wirklichen Umsturzparteien. Erstens haben wir dafür die überwältigende Mehrheit in diesem Hause, im anderen Hause würden wir uns von den Freikonservativen nicht zu trennen brauchen und mindestens eine an die Mehrheit grenzende Minorität erhalten. Ein solches Gesetz würde der heutigen Lage Rechnung tragen und nützlich wirken. Ich weiß, daß dieses hohe Stäbe der Staatsordnung geltend gemacht hat, es wird sich auch diesmal nicht von dem richtigen Wege abbringen lassen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Giese-Altona: Der Ausschluß der Minderjährigen aus den Versammlungen erscheint einem großen Theil meiner politischen Freunde als ein sehr wirksames und nütliches Mittel zur Verbesserung der bestehenden Zustände auf diesem Gebiete. Wegen die Ausschüsse der Sozialdemokratie waffen aber noch besondere Vorkehrungen getroffen werden, denn es muß das Reichsgesetz erschüttern, wenn offen

werden, denn es muß das Reichsgesetz erschüttern, wenn offen

und strafflos in Versammlungen die Grundlagen unserer Staatsordnung verhöhnt und angegriffen werden. Der Regierung müssen zu diesem Zwecke Machtmittel in die Hand gelegt werden. Die Sozialdemokratie spielt den Kampf um die politische Macht auf das wirtschaftliche Gebiet über, und das bedroht die Prosperität des Landes geradezu. Der letzte große Hasenarbeiter-Streit in Hamburg hat uns in Altona das gründlich zum Bewußtsein gebracht, nach der Beendigung des Streiks sind 20 000 Arbeiter in Hamburg dieser Partei beigetreten, das beweist, daß die wirtschaftlichen Fragen nur benutzt werden, um die politische Partei zu stärken. Das ist zum Teil durch direkte Bedrohung und Gewalt herbeigeführt worden; die Arbeiter wurden in die Streiklisten hineingezwungen. Und diese Dinge stehen nicht vereinzelt da. Die Strafe allein stellt die Rechtsordnung nicht wieder her; die Regierung muß Repressivmittel haben, um vorzubehalten einzutreten. Auch mit Belagerungszustand und mit der Selbsthilfe der Unternehmer würden wir nicht weiter kommen. Das Vereins- und Versammlungsgesetz bietet hier immerhin eine nützliche Handhabe. Angehts des Verbotgesetzes, welches die Sozialdemokratie ausübt, sieht mir die Freiheit des einzelnen höher als die Freiheit des Versammlungsgesetz und Vereinsrecht. Lieber wäre es mir ja gewesen, wenn die Aktion von Reich wegen erfolgte, da aber von dort nichts zu erwarten ist, sehe ich auch kein Bedenken darin, die parlamentarische Gesetzgebung zu beschreiten, und hoffe, daß uns die übrigen deutschen Staaten bald nachfolgen werden. (Beifall.)

Dr. Klinkowström: Der uns aus dem anderen Hause zugegangene Torso ohne Kopf und Beine ist für uns ganz unannehmbar. Wir sind der Staatsregierung für ihre Vorlage ganz besonders dankbar, indem sie uns dadurch zeigt, daß sie entschlossen ist, den staatsgefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, und wir vertrauen, daß der jetzt betretene Weg nicht wieder verlassen werden wird. Alle Gründe, welche die Gegner des Gesetzes im anderen Hause angeführt haben, bezogen nur, daß die Herren entweder das Wesen der Sozialdemokratie nicht verstanden haben oder die alten liberalen Schlagwörter dem Wohl des Vaterlandes vorgeben. Ganz unverständlich war mir die Haltung der Nationalliberalen, von denen ich in der That ein größeres Verständnis erwartet hätte. Geradezu naiv ist es zu fragen, warum nicht im Reich das Gesetz gemacht wird. Bei der jetzigen Mehrheit im Reichstage ist doch an eine ordentliche Regelung der Sache nicht zu denken, und es war geradezu Pflicht des führenden Staates im Reich, die Sache in die Hand zu nehmen. Mit dem Gesetz allein soll ja die Sozialdemokratie nicht bekämpft werden; aber haben wir bei unseren Bestrebungen auf Vertiefung des religiösen Gefühls, auf Hebung des Mittelstandes auf die Unterstützung der Nationalliberalen zu rechnen? Um damit vorwärts zu kommen, müssen wir vorher der sozialdemokratischen Agitation und Wählererei einen Riegel vorschieben. Die Erregung gegen das Gesetz ist wie beim Volksschulgesetz eine künstliche. Ausgegangen ist die Bewegung wieder von den großen Städten wunderbarer Weise, denn gerade sie hätten das größte Interesse an der Repräsentation des Unfortschritts. Eine große Stadt nach der anderen geht an die Sozialdemokratie verloren; wenn die Sache so weiter geht, werden wir auch bald die Herren Sozialdemokraten im Landtage haben. Und was soll dann aus dem preussischen Staat, aus dem Deutschen Reich werden? Es klingt wunderbarlich, daß es sich um die Wahrung des vornehmsten Bürgerrechts handelt; aber wo ist denn das freie Vereins- und Versammlungsrecht der bürgerlichen Parteien in den großen Städten geblieben? Gerade die Sozialdemokratie ist es, welche ihnen ihr freies Versammlungsrecht nimmt. Herr Zelle schüttelt den Kopf; es mag ja in Berlin anders sein (stürmische Heiterkeit); aber in anderen Städten sind die Sozialdemokraten sogar mit Dreifachregeln in die Versammlungen anderer Parteien gedungen und haben sie zur Auflösung gebracht. Wir müssen doch dafür sorgen, daß nicht auch noch Arme und Politei von dieser Seuche angegriffen werden. Aus dem Lande leben wir in Ruhe und Frieden mit unseren Arbeitern, kommt dann eine Reichstagswahl, so kommen zwölf dumme Jungens von der Sozialdemokratie aus der Stadt auf den Hals und hegen die Arbeiter gegen die Arbeitgeber auf, und die Folgen fühlen wir noch Monate lang nachher. Diesen Leuten stehen wir völlig recht und schuldlos gegenüber. In dieser Beziehung muß und die Regierung Schutz und Hilfe gewähren, weil wir die Machtmittel der Städte nicht haben. Kommt es einmal auf dem Lande zum Kampf, dann werden die Dörfler Brand, Mord und Vernichtung jedes Erwerbslebens sein. Die Sozialdemokraten, welche die bürgerliche Gesellschaft nicht anerkennen, welche sie mit Gewalt umstoßen wollen, haben nicht die Rechte der anderen Bürger. (Beifall.) Ich wünsche, daß ein Gesetz bald zu Stande kommt, und da muß ich praktische Politik treiben, ich muß dem Gesetz eine möglichst milde Form geben, aber auch die Sozialdemokratie, die ich meine, beim Namen nennen. Deshalb wird meine Fraktion in der Kommission für die konservativen Anträge eintreten, in der Erwartung, daß die Regierung auch die ernste Absicht hat, das Resultat dieser Arbeit dem anderen Hause vorzulegen. Wir wollen ein Kompromiß schließen, aber dann auch die Aussicht haben, daß die Vorlage im anderen Hause wieder zur Verhandlung kommt. Ich hoffe, daß sich die Regierung dafür erklären wird.

Minister v. B. Reke: Die Regierung legt den allergrößten Wert darauf, die Reform betreffend das Vereinswesen in einer ihrer gesetzgeberischen Absichten entsprechenden Art zum Abschluß zu bringen. Falls aus den Beratungen dieses Hauses ein dementsprechender Gesetzesentwurf hervorgeht, wird sie dem Hause der Abgeordneten noch in dieser Session zur Beschlußfassung vorgelegt geben. (Bravo.)

Oberbürgermeister Zelle: Als das Bürgerliche Gesetzbuch verabschiedet wurde, hat der Kanzler das Versprechen abgegeben, daß die Aufhebung des Koalitionsverbots separat geregelt werden sollte, und der Reichstag, der es von Reich wegen wollte und damals konnte, gab nach. Wenn jetzt an dieses Versprechen erschwerte Bedingungen geknüpft werden, so kann das nicht als etwas Erwartetes erscheinen. Aus den gehörten Reden hat sich die Gewißheit entwickelt, daß weder die Präventivanträge der Konservativen, noch die Regierungsvorlage Annahme finden; angenommen werden wird die irekonservative Formulierung. Die richtet sich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, Bestrebungen, die wie alle gleichmäßig für schädlich halten und mit gleicher Kraft bekämpfen. Aber was ein solches Gesetz wirkt, darüber geben die Meinungen auseinander. Ich habe diese Wirkungen während der ganzen Zeit in dieser großen Stadt mit angesehen und kann die Meinung des Herrn v. Pulkamer nicht teilen. Es sind künstlich Dutzender geschaffen worden. Graf Klinkowström ist, was die Durchführung des Vereins- und Versammlungsgesetzes betrifft, immer Hammer, niemals Amboss gewesen. Die Ausführung, wie sie Herr v. Pulkamer im Auge hat, würde nach meiner Ansicht gegen die Reichsgesetzgebung verstoßen. (Rufe: oh!) Daß eine solche Formulierung im Hause der Abgeordneten auf Annahme zu rechnen hätte, ist nach dem feierlichen Ausspruch der Nationalliberalen, die man doch nicht so mindernwertig einschätzen muß, ausgeschlossen. Ich werde gegen eine Vorlage stimmen, die diese Gestaltung angenommen hat.

Freiherr v. Münster: Nach den Verhandlungen im Reichstage von 1896 ist unzulänglich, daß eine Beschränkung in Verbindung mit der Aufhebung des Koalitionsverbots eintreten würde. Unzulässig kann man also dem preussischen Staatsministerium nicht vorwerfen. Da wo das Reich verfährt, muß jede pflichtbewußte Staatsregierung ihrerseits eintreten. Wir gehen auch mit einem solchen Beschluß keineswegs weiter als andere Einzelstaaten gegangen sind; im Gegenteil gibt es in vielen Einzelstaaten schon viel schärfere Bestimmungen. Doch hier ein neues Recht geschaffen würde, kann ich also ebenfalls nicht finden. Die meisten Parteien rechnen leider immer noch darauf, bei den

Wahlen in den Sozialdemokratischen Bundesversammlungen zu finden, daher ihr Widerwillen gegen die Annahme der Regierungsvorläge; und dieser Punkt ist mir der allerbedenklichste in unserem heutigen Staats- und Gesellschaftsleben. Der Regierung bin ich für ihre letzte Erklärung sehr dankbar. Es wäre auch wirklich eine traurige Sache gewesen, wenn mit der Durchberathung dieses Gesetzes dasselbe nicht an das Abgeordnetenhaus zurückgegangen wäre; dann hätte man in der Praxis gesagt, die Regierung hat wieder die Courage verloren und das Gesetz zurückgezogen. (Beifall.)

Wetterburg-Kasfel: Ich halte trotz des Geistes und des Grafen, mit denen bis jetzt die Vorlage besprochen ist, dieselbe für ein lediggeborenes Kind. Daß der Torso nicht Gesetz wird, nehme ich mit Sicherheit an. Blicke die Möglichkeit der Annahme der Anträge bedlit. Daß diese im Abgeordnetenhaus Annahme finden, halte ich für ausgeschlossen, dafür steht mir die kategorische und authentische Erklärung des Staatsministers Hohenrecht. Nach einer so markanten Stellungnahme kann die nationalliberale Partei nicht zurück, wenn sie nicht alle Achtung im Lande verlieren will. Also wird aus der ganzen Sache nichts werden. Im Gegensatz zu vielen der Redner bin ich nicht der Ansicht, daß der Regierung ein Dank für die Einbringung der Vorlage gebührt. Eine so ausichtslose Vorlage, deren Scheitern gewiß ist, einzubringen, bedeutet allein schon eine außerordentliche Stärkung der Sozialdemokratie. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden Sie die Folgen sehen. Vom Standpunkte des Reiches, das wir doch hochhalten müssen, sind doch überhaupt solche Vorläge als partikularistische bedenklich. Als das Sozialistengesetz abließ, war nach meiner Meinung der Reichstag einstimmig darin, daß es nicht verlängert werden solle. (Rufe: des Herrn v. Stumm: Unglaublich!) Mit neuen Zwangsmitteln gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, würde nur heißen, die Partei, die immer mehr in die Breite und auseinander geht, wieder zusammen zu schweißen. Das können wir nicht mitmachen.

Herr v. Stumm: Das hätte ich nicht für möglich gehalten, daß einmal behauptet werden würde, der Reichstag sei einig gewesen in der Meinung, das Sozialistengesetz nicht zu verlängern. Man war vielmehr in der großen Mehrheit mit der Verlängerung und zwar auf unbegrenzte Dauer einverstanden und das Gesetz kam zur Folge, weil die Nationalliberalen den Ausweisungsparagraphen nicht bewilligen wollten. Die sämtlichen Gegner des Gesetzes hier haben sich eines sehr maßvollen Tones bedient. In den anderen beiden Häusern hat man aus der Rede einen Elefanten gemacht, vom Wortbruch des Kanzlers, von Revolution, von Herbeiführung russischer und chinesischer Zustände geredet. Im Lande hat man allerdings jene Meinung gehabt, daß das Koalitionsverbot ohne Kompensationen aufgehoben werden würde, weil ein großer Teil unserer Presse gewohnt ist, durch Fälschungen der Thatsachen die öffentliche Meinung zu verwirren; aber im Reichstage hat es keine geglaubt. Nebenher geht auf die historische Entwicklung der ganzen Frage näher ein und stellt fest, daß er bei der dritten Berathung der Anträge kinder und Armer ohne Widerspruch von der Regierung erklärt habe, daß es für eine unüberwindliche Schwäche der preussischen Regierung halten würde, wenn sie in die Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes ohne Kompensationen noch Art des bayerischen Vereinsgesetzes willigte. Auch aus dem Hause hätte er keinen Widerspruch gefunden. Der Kanzler hat in seiner Erklärung, die er bei der Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgab, von den Korrelaten gar nicht gesprochen. Ich aber habe damals namens meiner Partei ausgeführt, daß wir gegen das Bürgerliche Gesetzbuch stimmen würden, wenn die Aufhebung des Koalitionsverbots hinein läme. Daß an unbedingte Aufhebung des § 8 nicht gedacht wurde, beweist ja auch die nachfolgende Rede des Volksparteilers Hauptmann.

Wenn Herr Richter nachher in einer von Majestätsbeleidigungen triefenden Rede erklärt, daß meine Auffassung für die Reichsregierung ja gar nicht maßgebend ist, so versteht sich das ja ganz von selbst. Wenn aber jemand behauptet, es sei die Sache anders verstanden worden, so ist das trübe Geheule. Zur Sache selbst muß ich zunächst das Koalitionsverbot für eine geradezu ungläubliche Ausartung erklären. Von Kaufschul kann man nicht eher beim bayerischen Vereinsgesetz reden. Ohne eine gewisse Latitade geht es bei solchen Dingen nicht. Man kann sich ja auf den Antrag Zellis zurückziehen, ich hätte auch gegen die Fassung der Regierungsvorlage nichts einzuwenden. Diese ganze Kaufschultheorie ist aber nur ein Vorwand, denn im Antrag Zellis ist von Kaufschul keine Rede mehr. Der Ausschluß der Minderjährigen ist unter allen Umständen völlig unzureichend, wenn er auch einen gewissen Fortschritt bedeutet. Der Staat hat heute viel zu wenig Machtmittel dem Unfortschritt gegenüber; sie müssen vergrößert werden von den haarscheitelnden Faktoren; mindestens muß ein Ersatz für das Machtmittel gefunden werden, welches der Staat hier aus der Hand geben soll. Herr Zelle spricht davon, daß es sich hier um ein Reichsgesetz handelt; dann hätten sich ja die Nationalliberalen mit ihrem Torso ebenso vom Reichsgesetz entfernt. Bayern, Sachsen, Hamburg haben schon ein viel allgemeineres Gesetz, welches viel weiter geht als die hier verlangten Vollmachten; ob aber Reich a. L. auch ein solches Recht hat, ist ja ziemlich gleichgültig. Bei der Arbeiterschul-Gesetzgebung von 1890 hat sich der Streit zwischen mir und den Sozialdemokraten hauptsächlich darum gedreht, ob § 153, die schärfere Befragung derjenigen, die die Arbeitsgenossen an der Fortsetzung der Arbeit hindern, angenommen wurde oder nicht. Die Regierung hat ihn in ihrer Schwäche fallen lassen. Die Verhandlung beweist aber, daß wir hier doch eine scharfe Waffe gegen die Agitation der Sozialdemokratie zu erbliden hat, daß es also doch noch wirksame Waffen gegen sie giebt. Nichts ist wichtiger als die Behauptung, daß die Partei sich jetzt einer gemäßigteren Tonart befehligen; zu allen Schandthaten bekennt sie sich heute wie vordem; in ihrer Freiheit ist sie jetzt so weit gegangen, zu beantragen, daß alle Majestätsbeleidigungen strafflos sein sollen. Ob ein Schiff langsam angebohrt oder plötzlich auf den Felsen getroffen wird, ist für die Pflicht des Steuermanns ganz gleich; er hat das Schiff zu retten. Zu diesen Steuerleuten gehört vor allem Ringen auch dieses Haus, welches sich nicht als Stütze und Schutz von Thron und Altar bewährt hat. Stelle es das Gesetz wieder her, es wird namentlich auch auf den Kreisen der Industrie lebhaft Zustimmung finden; die gegentheiligen Behauptungen in der Presse sind einfach unwahr. Die Chance des Gesetzes im anderen Hause betreffend, habe ich Kenntnis von Strömungen, welche auf die Nationalliberalen dahin einen Druck ausüben, daß sie entweder für die Vorlage stimmen oder sich der Abstimmung enthalten sollen. Letzteres geht doch nicht zu den Unmöglichkeit; es ist nicht unmöglich, daß vielleicht ein Duzend zum Verlassen des Lokals bewegt werden kann. Was das bei der geringen Mehrheit bedeutet, brauche ich nicht auszuführen. Ich spreche für meine politischen Freunde und für weite Kreise im Lande, nicht bloß industrielle, sondern für alle patriotischen Kreise im Lande der Regierung meinen Dank auf für die Energie, die sie wieder gewonnen hat. Die Zahl dieser patriotischen Kreise wird wachsen, wenn die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß diese Energie stetig ist. Es handelt sich hier um eine große und schwere Verantwortlichkeit, Regierung und Herrenhaus müssen ihre Schuldigkeit thun und das Abgeordnetenhaus hat die Verantwortung dafür, wenn aus der Sache nichts wird und die Regierung ihr Versprechen nicht einlösen kann. (Beifall.)

Becker-Röll: Auch ich war noch dem, was ich aus den Berichten ersehen hatte, der Meinung, daß der Reichskanzler eine einfache Aufhebung des Koalitionsverbots vom Reichswegen in Aussicht stellte. Ich bedauere, daß das nicht geschah ist, und ich bedauere überhaupt jedes Abdröckeln der Reichskompetenz, die man vielleicht einmal wieder sehr nöthig hat, wenn die Sanftmuth ungenug werden. (Unruhe.) Aber hier haben wir es ja mit einer ordnungsmäßigen Vorlage zu thun. Ich habe auf dem Standpunkt des Ver-

gierungsprogramms, welches jetzt wieder in Bielefeld so stark betont worden ist; ich stehe ebenso energisch auf dem Standpunkt der Bekämpfung der Sozialdemokratie mit aller Energie. Trotzdem kann ich der Vorlage der Regierung nicht das Wort reden. Will man weiter gehen als der jetzige Torso, dann ist mir der Antrag Zellis sympathischer. Aber jetzt kann ich auch dafür kein Bedürfnis anerkennen. Man hat aus Hamburg vertrieben. Ja, dort besteht ja das Vereinsgesetz, wie Sie es so gern haben wollen. Was hat es denn geändert? Die Versammlung in Königsberg mit den Dreifachregeln kann auch für die Verschärfung des bestehenden Rechts nicht ins Feld geführt werden. Die Macht der Agitation soll beschnitten werden. Ja, wie wollen Sie der Agitation von Person zu Person in den Werkstätten zu Leibe gehen? Damit erreichen Sie also auch nicht. Aus dem Bedürfnis ist der Gesetzesentwurf ja gar nicht entstanden, sondern aus einer äußeren Veranlassung; bis dahin hat kein Mensch diese Verschärfung verlangt. Gewiß können Fälle eintreten, wo jede Rücksicht aufhört, wenn wir etwa Anarchistenkomplote haben. Aber wir leben doch in einem tieferen Frieden als seit Jahren. Und haben die scharfen Gesetze in den Staaten, wo sie bestehen, der Sozialdemokratie geschadet? Königreich Sachsen: um Gottes willen! Hamburg: ich bitte Sie! (Große Heiterkeit.) Solche Gesetze sollte man nicht gelegentlich machen, denn sie verbittern nur. Daß im preussischen Landtage sozialdemokratische Tendenzen zur Geltung kommen, das haben wir doch wohl vorerst nicht zu befürchten. Es hat also der Gesetzesentwurf nicht. Ja, wenn er die Sozialdemokratie verschwinden machte, gerne; aber zur Zeit können wir uns begnügen mit dem Torso, den wir bekommen haben. Der Weg der sozialpolitischen Gesetzgebung muß unentwegt weiter beschritten werden; davon spreche ich mir viel mehr als von einem solchen Ausnahmefall.

Graf v. Pfeil-Hausdorf: Ich würde es den Nationalliberalen zur großen Ehre rechnen, wenn sie trotz ihrer bisherigen Haltung zum Wohl unseres Vaterlandes eine Vorlage annähmen, wie wir sie für nothwendig halten. Alle Gutgefinnten werden durch die Form, die der Antrag Zellis bietet, nicht berührt, und die Sozialdemokraten werden keineswegs übertrastet, sie wissen ganz genau, was kommen würde. Von der grauen Theorie des Ausnahmefalles mag ich nichts wissen. Jeder, der sich einer Straftat schuldig macht, muß der gesetzlichen Strafe unterliegen; das gilt auch von Gesetzen, die sich gegen diejenigen wenden, die das Eigentum konfiszieren, die Staatsordnung umflügen wollen.

Professor Piuschke: Herr v. Stumm hat vor einigen Tagen hier auch Mitglieder des Berliner Beichters der Berliner Universität angegriffen, und sie beschuldigt, wenigstens indirekt der rothen Revolution zu dienen. Ich weise namens der drei angegriffenen Dozenten diese Angriffe auf die Unversität Berlin zurück. Daß solche revolutionären Bestrebungen bei uns Ungekommen sind, dagegen protestire ich auf das entschiedenste.

Reuber - Breslau: Ich bestreite, daß die Dinge seit 1890 irgendwie schlimmer geworden sind. (Beifall.) (Widerpruch.) Die Arbeiterpartei sieht die Sozialdemokraten als ihre Ständesvertreter an, und wer wollte ihnen das verdenken in einer Zeit, wo sich alles auf Ständesvertretung aufbaut? Daß sie sich dabei irren, weiß ich sehr wohl. Die Ständungen öffentlichen Versammlungen müßten als Hausfriedensbruch viel härter als jetzt bestraft werden, denn sie richten sich gegen ein Recht, welches für das öffentliche Leben unerlässlich ist. Das Gesetz wird aber nur noch mehr dazu beitragen, die maßlosen, ruhigen Kreise aus dem öffentlichen Vereinsleben wegzudrängen und unser öffentliches Leben leidet darunter, daß die scharfen, bürgerlichen Interessengruppen es beherrschen. Auch Herr von Stumm hat heute mit Ausdrücken, wie Freiheit, Heuchelei u. s. w. gesprochen in einer Weise, die man an dieser ruhigen Stelle nicht gewöhnt ist; wie will er in demselben Sinne also nach außen auf das Vereinsleben reformatorisch wirken? Die Sozialdemokratie blüht am meisten in dem Maße mit der schärfsten Vereinsgesetzgebung. Wenn der Sozialdemokrat gezwungen wird, scheinbar maßvoll aufzutreten, wird sein Einfluß auf die schwankenden Massen gerade gesteigert. Der Kommunist des Herrn Stumm, der jedem alles zu messen will, was er schreiben, denken, urtheilen, sagen darf, ist mir ebenso widerlich wie der Kommunistus der Sozialdemokratie. Die besondere Behandlung der Minderjährigen kann ich auch nicht billigen. Auch die Behandlung der Versammlungsfrage hat meinen Beifall nicht. Die Verfassung hätte ausdrücklich geändert werden müssen, das verlangt das Staatsgrundgesetz. Ich stimme gegen das Gesetz, schon weil es aus diesem Grunde etwas Unordentliches an sich hat.

Nach einer kurzen Bemerkung des Freiherrn v. Stumm schließt die allgemeine Diskussion. Freiherr v. Münster stellt beauftragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 15 Mitgliedern. Der Vorschlag wird angenommen und die Kommission sofort durch Akklamation gewählt. Die Kommission wird sich gleich nach Schluß der Sitzung konstituieren.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (kleinere Vorlagen.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath ertheilte in seiner Sitzung am Donnerstag dem Protokoll des Ausschusses vom 19. Juni 1897, betreffend die Rollbehandlung der aus dem bremischen Freiort eingekommenen Waisenkindern, und betreffend den Antrag des Ausschusses zu dem Entwurfs der Vorschriften, betreffend die Kontingentierung der Bremer für die Kontingentperiode 1898/1903 seine Zustimmung. Ferner erklärte der Bundesrath sein Einverständnis mit dem Reichstagsbeschluß, betreffend die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag.

Zeit-Weissenfelder Bergarbeiter-Streit.

Ueber die Bergarbeiter-Bewegung im Revier Zeit-Weissenfeld wird uns geschrieben:

Der Kampf ist jetzt fast auf der ganzen Linie entbrannt, es stehen im Augenblick in 15 Gruben etwa 1600 Arbeiter im Streit. Die Namen dieser Gruben sind: Neusorge, Boh, Johannes, Siegfried, Trebnitz, Fr. Franz, Emma, Jakob, Mt.-Gröben, Neu-Gröben, Gustav, Talan, Irene, Reußen, Neu-Berchen. Die Arbeiter der letzten drei Gruben, die im Revier Hohenmölsen liegen, sind erst am Dienstag Mittag dem Streit beigetreten. Noch am Sonntag hatten Abgesandte dieses Reviers in der großen Zeiger Versammlung verkündet, daß auf Unterstützung seitens ihres Bezirks nicht zu rechnen sei. In den Verhandlungen der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter liegen sich in den letzten Tagen 800 Arbeiter des Hohenmölsener Bezirks aufnehmen. Dieran zeigt sich deutlich, daß die Behauptung der Gegner, hinter dem Streit ständen und schürten die Sozialdemokraten, Schwindel ist, denn speziell im Revier Hohenmölsen wohnt weder ein namhafter Vertreter unserer Partei, noch ist in den letzten Tagen einer hingelommen. Die Bewegung entstand, wie man zu sagen pflegt, vollständig aus sich selbst heraus; die Vergleiche sind einfach nicht mehr gemüthlich, sich lediglich als Werkzeuge zur Gewinnung hoher Dividenden für die Herren Kompanien zu gebrauchen zu lassen.

Am Dienstag wurde in einer Bergarbeiter-Versammlung in Leuchter nach dem Bericht des Hohenmölsener Führers zur Leitung des Streiks eine 18gliedrige Kommission gewählt, die aus je einem Angehörigen der fünfzehn vom Streit betroffenen Gruben besteht und ihren Sitz in Leuchter im Gasthause zum grünen Baum hat. Dorthin sind alle Zufuhren zu richten, und zwar an Eduard Becker. In der Versammlung wurde von Arbeitern der Niedersächsischen Montanwerke mitgeteilt, daß auch auf diesen Gruben die Arbeiter nicht ruhig sind, infolgedessen, als die verpöbte Lohnerböschung noch nicht eingetreten ist. Man wolle bis Mittwoch aussharren, weil an diesem Tage der Berggrath Schröder aus Halle noch einmal zur Verhandlung komme; erfolge dann aber keine Lohnerböschung, so sei zu erwarten, daß auch die Niedersächsischen Montanwerke mit ca. 1000 Mann sich

dem Streik anschließen. Die übrigen Einwohner des Bezirks stehen auf Seite der Bergleute, deren Angelegenheit eine Verbesserung bedürftig hätte. Zwei Massenversammlungen am Mittwoch sollen die weiteren Schritte beraten. Öffentlich fällt der Sieg den Arbeitern zu. Streikbrecher haben sich bis jetzt fast gar nicht gefunden. Wo auf einigen Gruben noch gearbeitet wird, wird die Arbeit von dem Beamtenpersonal verrichtet, das hierbei auch wieder einmal lernen will, wie die Bergmannsarbeit schmeckt.

In einem späteren Bericht unseres Korrespondenten wird uns mitgeteilt: Die Bewegung nimmt immer größeren Umfang an. Seit Mittwoch früh streikt die erste Grube der Niebed'schen Montanwerke, die Grube „Paul“ in Lützenau. Die Nachtschicht fuhr morgens ab und nahm gleich ihr ganzes Handwerkszeug mit aus der Grube. Die Tageschicht fuhr nicht an. Der Grund zur Arbeitsniederlegung in dieser Grube besteht darin, daß zuerst der einen Schicht vom Berginspektor Winter eine Erhöhung der Löhne zugesagt war, die auch teilweise eingehalten wurde. Die zweite Schicht aber, sowie die Belegschaften der übrigen Werke genannter Gesellschaft hatten von einer Lohnerhöhung nichts gehört. Daher war schon in der Zeiger Versammlung am Sonntag ein Mißverständnis entstanden, das zur Annahme der bekannten Resolution führte. Seit Montag früh gab es nun unter den Arbeitern, und am Mittwoch früh kam es zum Ausbruch. Wie in einer Versammlung in Zeitz am Mittwoch Abend verhandelt wurde, ist bereits Grube 522 nachgefolgt. In Donnerstag erwartete man die Arbeitsniederlegung in den übrigen Gruben der Niebed'schen Werke. Auf Grube Emma in Strekan wurde Mittwoch früh abermals die Arbeit eingestellt. In dieser Grube war schon am Montag gefeiert worden; als der Belegschaft jedoch versichert wurde, die Verwaltung werde mit ihr verhandeln, wenn sie wieder auffahren würde, kamen die Arbeiter am Dienstag dem Verlangen nach. Am Dienstag Abend stellte sich aber heraus, daß von der Verwaltung gar nicht beabsichtigt wurde, mit den Arbeitern zu verhandeln, und so erfolgte die Arbeitsniederlegung wiederum.

Ein großes Aufgebot von Gendarmen ist der Gegend von Strekan und Lützenau beschert worden, was bei der munteren Haltung der Streikenden vollständig überflüssig ist. Die Bergarbeiter sind genügend diszipliniert, um nicht selbst zu wissen, daß sie der Polizei keine Gelegenheit zum Einschreiten geben dürfen, wenn nicht das Interesse der Grubenbesitzer auf Kosten der Arbeiterinteressen gefährdet werden soll.

Am Mittwoch wurden zwei stark besuchte Versammlungen abgehalten, eine am Nachmittag in Lützenau, eine abends in Zeitz. In beiden sprach Hirsch aus Weidau. Beschlossen wurde, jetzt die reduzierten Forderungen fallen zu lassen und an den zuerst aufgestellten festzuhalten. Dies ist veranlaßt durch das ablehnende Verhalten der Verwaltungen gegenüber den reduzierten Forderungen. Man glaubt allgemein, daß der Streik nicht lange dauern wird, da Vorräte an Kohlen nicht vorhanden sind.

Am Mittwoch Nachmittag hat in Leuchtern eine Besprechung stattgefunden zwischen der Hingebener-Kommission und dem Generaldirektor der Sächsisch-Thüringischen Gesellschaft Herr Kuhlom. Doch auch diese Verhandlung hat sich zerschlagen. An den Arbeitern liegt das aber nicht, denn sie haben es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen; die Schuld liegt an den Verwaltungen.

Aus dem Meuselwitzer Revier kommt die Nachricht, daß es auch dort unter den Bergleuten gährt. In den nächsten Tagen sollen Versammlungen abgehalten werden.

Durch den Beitritt der Gruben Paul und 522 ist die Zahl der Streikenden auf nahe 2000 Mann gestiegen.

Nach einer Herold-Depesche vom Donnerstag beträgt die Zahl der Streikenden bereits 3000.

Wie es heißt, soll in allen Gruben des ganzen Reviers am Montag der Betrieb eingestellt werden, wenn die Bergleute bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum, das Organ des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Bundes“, schildert in ihrer vor Ausbruch des Streiks gedruckten letzten Nummer die Arbeitsverhältnisse in den Braunkohlengruben der Provinz Sachsen, zu welchen die Gruben des Streikbezirks gehören, wie folgt:

Es herrschen dort durchweg lange Schichten von 10 bis 12 Stunden. Die Arbeit bei Bewältigung der großen Braunkohlmassen, welche da pro Mann zu fördern sind, ist eine durchaus schwere. Die Wetterverhältnisse sind stellenweise miserabel und so manches ist noch vorhanden, worüber die Leute berechtigten Klagen führen. Und wie steht das Verhältnis von Arbeitslohn und Gewinn?

In allen Revieren der Provinz Sachsen kam nach einer Aufstellung im Jahresdurchschnitt auf einen Arbeiter eine Förderung von 1188 Tonnen und ein erzeugter Werth von 2172 M.

Der Lohn des Braunkohlens-Bergmanns schwankt im Durchschnitt so um 250 M. herum.

Diese paar Zahlen besagen genug.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie Thüringens hält Sonntag, den 15. August von Nachmittag 3 Uhr an in Erfurt im Restaurant „Kardinal“ ihren diesjährigen Parteitag ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellung zu den preussischen Landtagswahlen; 2. Die nächsten Reichstagswahlen; 3. Agitation und Presse; 4. Sonstige, durch vorstehendes noch nicht erledigte Anträge.

Eine Parteikonferenz für den 2. weimarischen Reichstags-Wahlkreis Eisenach, die am Sonntag in Salungen tagte, beschloß Vertheilung an der Landtags-Wahl. Insbesondere soll in vier Wahlbezirken, wo auf Erfolg zu rechnen sei, eine rührige Agitation entfaltet werden. Zum Reichstags-Kandidaten für den 2. Wahlkreis wurde der Parteigenosse Gustav Pöhls aus Eisenach bestimmt.

- Für Parteizwecke gingen aus Zwickau ein: Richard W. 10.—, Julius 4.65, Planig 40.—, Marienthal 13.20, Oberhornsdorf 40.—, Lillner 7.40, Adam Sann 17.30, Golbig 5.80, St. Anwalt 4.90, Anton 1.50, Johann 1.—, Wasserfante 9.60, Hermann R. 6.—, Herr Lieb 11.80, Märzendume 26, Baurath 19.—, D. Berger 6.—, Wagner 2.57, August 10.95, Julius 10.—, Langhein 5.55, Kartelbrüder 32.65, Planig Mann im Mond 5.—, Feiner David 23.70, Nimmerjahn 1.—, D. B. 20, Druckerpersonal 5. B. 25.—, Hermann R. 7.35, Edward D. 5.—, Hermann B. 14.—, Hammer-Dittich 10.15, Maiblumchen 32.94, Emil R. 2.—, Conrad G. 1.—, Neidhardt 8.—, St. Anwalt 29.28, Hermann G. 6.—, Steinmeyer Wolf's Platz 1. Mai 15.—, Lagerhalter 1. Mai 15.—, Papierliste Schedewitz 7.05, Sann Adam 4.—, Summa 529,82 M.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Amtsgericht in Ulm hat über die „Schwäbische Tagewacht“ in Stuttgart die Briefsperrverhängung. Es werden infolge dessen alle aus Ulm ankommenden Sendungen an Gerichtsstelle geöffnet.

Gewerkschaftliches.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erklärt im „Grundstein“ einen Aufruf an die Mitglieder, worin es heißt: „Über 5500 Kollegen befinden sich augenblicklich in einem erbitterten Kampfe mit dem Unternehmertum. Zur Unterstützung der Streikenden sind große Summen erforderlich, die der Verband, da seine Kasse durch die vielen bereits beendeten Streiks wesentlich in Anspruch genommen wurde, nur dann leisten kann, wenn die Kollegen hohe Beiträge zum Streikfonds zahlen. Die Situation ist also eine sehr, sehr ernste und sollte angefaßt werden, es sich ein jeder Kollege zur Ehrenpflicht machen, das zu leisten, was irgend in seinen Kräften steht. Die unverheirateten Kollegen müssen in den nächsten Wochen allwöchentlich wenigstens 50 Pf. und die verheirateten Kollegen all-

wöchentlich wenigstens 25 Pf. zahlen. Das Interesse des Verbandes und das Solidaritätsgefühl gegenüber den streikenden Kollegen erfordern solche außergewöhnliche Leistungen. Nur dann, wenn ein jeder Kollege in vollem Maße seine Pflicht thut, können die Schwere und die noch in Aussicht stehenden Lohnkämpfe siegreich zu Ende geführt werden. Der Sieg hängt einzig und allein von den Mitteln zur Unterstützung ab.“

Achtung, Holzarbeiter! Zugang nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserkradt, W. Senff, J. M. Th. Bahrdt, J. P. S. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Ko., sowie E. D. F. Bangert in Südeck ist streng fernzubalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lübel, Ledebur, 3. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Der Maurerstreik in Dießbaden ist, wie der „Grundstein“ mittheilt, noch nicht allgemein beendet. Ein voller Sieg war und ist auf heute noch nicht erspäht. Aber 32 Unternehmer hatten in der vorigen Woche die Vereinbarungsorderung angenommen. Doch konnten bei diesen vorläufig nur 225 Mann in Arbeit kommen. Die Gesamtheit der Unternehmer hatte in einer Versammlung am 18. Juni die durch die Kommissionen vereinbarten Bestimmungen abgelehnt. Die Unternehmer hielten an ihren früheren Beschüssen fest, wonach ein „Normallohn“ von 88 Pf. für tüchtige Maurer und 28 und 29 Pf. für tüchtige Tagelöhner gezahlt werden soll. Die Tagelöhne, die vor dem Streik gezahlt wurden, sollen auch bei der zehnstündigen Arbeitszeit garantiert werden. Den sogenannten Jungesellen wird eine ebensolche Umwandlung des Lohnes zugesagt. Gegen die sonstigen Punkte des Vereinbarungsprotokolls hatten die Unternehmer nichts einzuwenden, bis auf Pof. 6, die die Maßregelung der Streikführer u. unterlag. Hieran scheiterte auch die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit. Zugang ist also noch fernzubalten.

In Leipzig dauert der Konflikt im Baugewerbe unverändert fort. Von den Handlangern sind nach Angabe der „Leipz. Volksztg.“ am Streik beihelligt 841 Mann, davon haben 33 den Ort verlassen. 114 haben die Forderungen (45 Pf. Stundenlohn und neunstündige Arbeitszeit) bewilligt bekommen. Zwecks Unterstützung der Hilfsarbeiter, deren Organisation noch schwach ist, erließ das Gewerkschaftsblatt einen Aufruf an die Gewerkschaften Leipzigs.

In einer öffentlichen, von 1000 Mann besuchten Zimmererverammlung wurde der Beschluß der Handlanger, jetzt (wo infolge des Maurerstreiks Arbeitslosigkeit herrscht) den Streik zu beginnen, scharf getadelt. Die Versammlung beschloß einstimmig, vorläufig von einem Streik der Zimmerer abzugehen und erst den Maurern zum Siege zu verhelfen, für welche jeder arbeitende Zimmerer pro Mann und Woche 1 M. Unterstützung zahlen soll.

Die Innung geprüfter Maurer- und Zimmermeister hat beschlossen, auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Maurer (65 Pf. Stundenlohn und Neunstundentag) zu beharren. Diese Meister beschäftigen vor dem Streik angeblich 1400 Maurer; ein „hoher Prozentsatz“ derselben soll nach Angabe der „Leipz. Neuesten Nachrichten“ unter den früheren Bedingungen fortarbeiten, was aber von der „Leipziger Volkszeitung“ als Fälschung bezeichnet wird; die Innung habe überdies auf die Befahrung der Arbeitsverhältnisse keinen ausschlaggebenden Einfluß, weil die Bestellung von Wohnhäusern fast nur durch die sogenannte Spekulation erfolge, an welcher die Innungsgemeister nicht beihelligt seien.

Die Holzbildhauer Dresdens forderten den Neunstundentag unter Beibehaltung des jetzigen Tagesverdienstes, 25 pCt. Aufschlag für Ueberstunden, Anerkennung einer Bestatungskommission zur Beilegung etwaiger Differenzen. In fünf Werkstätten, darunter drei der maßgebendsten, wurden die Forderungen ohne besondere Umstände bewilligt, in allen übrigen mit dem Vorbehalt, daß eine Meisterversammlung ihre Zustimmung ertheile.

In Pilsitz bei Dresden sind die Tischler der Fabrik von C. Koch ausständig, weil die Firma den neuen vereinbarten Tarif nicht anerkennt. In auswärtigen Blättern werden nun Erfahrungsberichte gesammelt, denen man einen Altdorlohn in Höhe von 24—30 M. in Aussicht stellt. Von einem derartigen Verdienste kann aber, wie uns geschrieben wird, bei normaler Arbeitszeit keine Rede sein.

In Meissen sind sämtliche 16 Töpfer der Haupt'schen Osefabrik ausgesperrt worden, weil sie eine Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse verlangt hatten.

Die Amtshauptmannschaft in Plauen i. V. hat einer Textilarbeiter-Versammlung in Zwickau die Wahl eines Delegierten zum internationalen Textilarbeiter-Kongress verboten, weil „Funktionäre der Versammlung nur für diese selbst gewählt werden könnten und ihren Wirkungskreis nicht darüber hinaus erstrecken dürften“; im vorliegenden Falle handle es sich doch um noch um einen Delegierten, der ins Ausland gehen solle. (Die Amtshauptmannschaft in Plauen hat dieselbe Auslegung des „Zuwels“ unseres Wissens schon früher protifiziert.) Als nun der Vorsitzende der Versammlung dieser das Verbot der Delegiertenwahl mittheilte, wurde ihm das von dem überwachenden Beamten untersagt, und als ein Redner in der Debatte darauf zu sprechen kam, wurde diesem das Wort entzogen. — Amtshauptmann von Plauen ist der bekannte Adlige v. Polenz, dessen Mandat wegen ungebührlicher Wahlbeeinflussung vom Reichstag konfirmiert wurde und über den dann bei der Neuwahl unser Genosse Reich ein so glänzendes Siegeserfolg erlief. Die polen'sche Auslegung des Vereinsgesetzes ist natürlich ausgezeichnet dazu geeignet, die Position unserer Partei im Voigtlande zu stärken.

Die Maler in Gmünd stehen seit dem 19. Juni im Streik. Sie fordern den Zehnstundentag und 40 Pf. Stundenlohn.

In Schweinfurt hatten am 17. Juni die im Maschinenbau beschäftigten Arbeiter der Deutschen Gussstahlwerk-Fabrik Forderungen gestellt. Bei den Verhandlungen, die die Kommission der Arbeiter mit der Direktion führte, kam eine Einigung zu stande. Die Direktion bewilligte den Zehnstundentag und verstand sich auch zur Festsetzung eines Minimallohnes für die Maschinenbau-Arbeiter. Bisher war die Arbeitszeit elfstündig.

Unternehmer-Verbände.

Dem Syndikat von Ziegeleibesitzern, das vorige Woche hier in Berlin und zwar unter dem Namen „Zentral-Verkaufskommitte von Hintermauerungssteinen in Berlin“ zu stande gekommen ist, sind bis jetzt 150 Ziegeleibesitzer mit einer Jahresproduktion von über 1200 Millionen Hintermauerungssteine ohne Bedingung beigetreten, wozu noch circa 100 Millionen mit Bedingungen kommen, die jedoch die Grundlage der Vereinigung nicht berühren. Hauptzweck des Syndikats ist, durch „Regulierung“ des Absatzes die Preise möglichst hoch hinaufzuführen. Vorläufig ist ein Preis von 22 M. pro 1000 Steine in Berlin in Aussicht genommen, was ungefähr 18 M. ab Ziegelei entspricht.

Ob die Herren Ziegeleibesitzer bei den Verhandlungen über das Syndikat daran gedacht haben, daß die elenden Arbeitsverhältnisse ihrer Personale wenigstens schandenhalber etwas aufgebessert werden müssen, wenn man dem Publikum die Erhöhung des Ziegeleipreises einigermaßen aufhebel machen will?

Soziales.

Die Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Gewerbe zu Berlin mußte im Jahre 1896 durch Zwangsabfuhrung 80 799,97 M. Rassenbeiträge von Zwischenmeistern einziehen. Bei vier dieser Arbeiter-Beiträge fiel die Zwangsabfuhrung fruchtlos aus. Die Summe, die der Kasse untergeschlagen wurde, betrug 1095,69 M. Diese Vorkommnisse beweisen wieder deutlich, wie notwendig es ist, der Krankenkasse gegenüber nicht den Zwischenmeister, sondern den wirklichen „Arbeitsgeber“, den Konfessionär, haltbar zu machen. Die von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungsbestimmungen zur Krankenversicherung der Hausindustriellen sollen eine solche

Regelung herbeiführen; es ist nur zu wünschen, daß die betreffenden Vorschläge nicht noch, wie die Konfessionäre es wollen, beseitigt werden.

Für die türkische Armee werden, wie der „Konfessionär“ berichtet, 200 000 Uniformen neu bestellt. Der Sultan soll sich dafür entschieden haben, diesen Auftrag an deutsche Firmen zu vergeben.

Gerichts-Beilage.

Ein Impfgegner, der in seinen Mitteln nicht sehr wählerisch war, stand gestern in der Person des Komponisten Freiherrn Karl von Grothe vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Die Anklage lautete auf Fälschung einer Privaturkunde, und nebenher lief eine Anklage wegen Körperverletzung und Mißhandlung seiner Schwägerin. Der Angeklagte ist der Sohn des Kammerherrn und Rittergutsbesizers von Grothe auf Schloß Webersbühl; er ist Reserveleutnant a. D. und hat Musik studirt. Zur Zeit lebt derselbe in Scheidung mit seiner Frau und wird von seiner Mutter unterhalten. Im Jahre 1898 wohnte er in Groß-Sichtersee. Er war damals aufgefordert worden, seinen Sohn Otto impfen zu lassen. Da er aber Impfgegner ist, so entzog er sich seiner gesetzlichen Pflicht, indem er eine Fälschung verübte. Er besorgte sich aus einer Apotheke das Formular eines Impfscheins, füllte dasselbe aus, setzte den Namen des Dr. Rhode darunter und stempelte ihn mit dem Amtssiegel der Gemeinde Martinsbühl im Kreise Sibhorn ab. Diesen Stempel besah er noch aus der Zeit, in welcher er Gutsvorsteher von Martinsbühl war. Der Angeklagte hat diesen Schein als Ausweis darüber benutzt, daß sein Kind vorschriftsmäßig geimpft worden sei; es konnte aber dem Schein nicht der Charakter einer öffentlichen Urkunde beigelegt werden, da Dr. Rhode sich nicht in irgend einer amtlichen Stellung befand, daher auch nicht bezeugt gewesen wäre, eine amtliche Urkunde auszustellen. Der Angeklagte erhob den Einwand, daß er sich in dem guten Glauben befunden habe, daß Dr. Rhode nichts dagegen haben werde, wenn er dessen Namen auf den Schein schreibe, denn er sei mit Dr. Rhode, der ebenfalls Impfgegner sei, sehr gut befreundet. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß es auf ein eventuelles Einverständnis des Dr. Rhode in diesem Falle gar nicht ankomme, denn dieser sei gar nicht bezeugt gewesen, eine falsche Thatsache als wahr zu bezeugen. Der Staatsanwalt beantragte die Wochen Gefängnis, das Urteil lautete auf drei Wochen Gefängnis. Ferner wurde der Angeklagte wegen Beleidigung und Mißhandlung zu 70 M. Geldstrafe verurtheilt.

Eine neue Beleidigungsklage des Pfarrers Thümmel. Aus Elberfeld wird vom 24. Juni berichtet: Ein indirektes Nachspiel zu dem Kachener Alexianer-Prozess bildet die Verhandlung, die morgen, Freitag, die erste Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts beschäftigen wird. Pfarrer Thümmel hatte im Jahre 1895 in der in Barmen erscheinenden „Westdeutschen Zeitung“ den Kachener Alexianer-Prozess in mehreren Artikeln zum Gegenstande einer Besprechung gemacht. Eine Fierolbener Zeitung druckte diese Artikel ab. Gegen den verantwortlichen Redakteur letzterer Zeitung und den Pfarrer Thümmel erhob deshalb die Staatsanwaltschaft zu Hagen Anklage wegen Beleidigung der katholischen Kirche und wegen Beleidigung des Kreis- und Landarztes Dr. Rose in Menden. Letzterer hatte seinerzeit begutachtet, daß der schottische Kaplan Forbes, den, wie erinnerlich, der Kachener Alexianer-Prozess aus dem bei Kachen gelegenen Alexianerkloster „Marienberg“ befreit hatte, an einem moralischen Defekt leide. Der Erste Staatsanwalt in Hagen, Dr. Prahl, hatte gegen Thümmel wegen Beleidigung der katholischen Kirche eine mehronthaltige Gefängnisstrafe, wegen der Beleidigung 500 M. Geldstrafe beantragt. Der Gerichtshof erkannte jedoch wegen der Beleidigung der katholischen Kirche auf Freisprechung, wegen der Beleidigung dagegen dem Antrag des Ersten Staatsanwalts entsprechend. Pfarrer Thümmel griff in seiner Verteidigungsbrede den Ersten Staatsanwalt sehr heftig an, so daß er vom Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Werkmeyer wiederholt unterbrochen und auch zur Ordnung gerufen wurde.

Bei dieser Gelegenheit soll der Vorsitzende zu dem Angeklagten Pfarrer Thümmel gesagt haben, „daß Sie keine Achtung vor dem Staatsbedürden haben, geht schon aus den inkriminierten Artikeln hervor“. Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer (Essen) gegen diese Bemerkung des Vorsitzenden protestirte, soll Thümmel seinem Verteidiger zustimmend zugestimmt haben. Daraufhin soll der Vorsitzende bemerkt haben: „Herr Pfarrer Thümmel, ich ersuche Sie, das Kopfnicken zu unterlassen. Betragen Sie sich wie jeder gefittete Angeklagte vor Gericht. Wir sind hier nicht in Parlament, wo jeder seinen Weisfall ausdrücken kann, sondern Sie haben sich einfach gefittet und anständig zu betragen.“ Dies Vorkommniß veranlaßte den Pfarrer Thümmel, über den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Werkmeyer, den Ersten Staatsanwalt Dr. Prahl und den Landrichter Werkmeyer, der in dem Prozeß am 18. Dezember 1895 als Referent fungirt und den Pfarrer Thümmel höhnisch angelacht haben soll, bei dem Oberlandesgericht-Präsidenten Staatsminister a. D. Dr. Falk in Hamm Beschwerde zu führen. Letzterer hat nach eingehender Untersuchung den Beschwerdeführer abschlägig beschieden.

Daraufhin beschwerte sich Pfarrer Thümmel über den Oberlandesgerichts-Präsidenten Dr. Falk und die drei genannten Herren bei dem Justizminister. Thümmel erhielt aber auch von dem Letzteren einen abschlägigen Bescheid. Gleichzeitig stellte der Justizminister gegen Thümmel den Strafantrag, da in der Beschwerdebildung angeblich arge Beleidigungen gegen den Oberlandes-Gerichts-Präsidenten Dr. Falk, den Ersten Staatsanwalt Dr. Prahl, den Landgerichtsdirektor Werkmeyer und den Landrichter Werkmeyer enthalten waren. Thümmel hat sich daher morgen auf grund des § 185 des Strafgesetzbuchs vor Eingangsberechtigtem Gerichtshof zu verantworten.

Der Angeklagte will den Beweis führen, daß er in dem Prozeß am 18. Dezember 1895 vor der Strafkammer zu Hagen eine ungerechtfertigte Behandlung erfahren und deshalb in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Er hat zu diesem Behufe eine Reihe Zeugen laden lassen. Unter diesen befindet sich auch sein damaliger Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Victor Niemeyer (Essen a. Ruhr), der bekanntlich auch in dem Kachener Alexianer-Prozess als Verteidiger fungirt hat.

Morgen wird der Angeklagte von den Rechtsanwälten Dr. Sello (Berlin) und Dr. Blucht (Elberfeld) verteidigt werden.

Depschen und letzte Nachrichten.

Athen, 24. Juni. (B. S.) Nach einer Meldung der „Akropolis“ wird die Versammlung der christlichen Volksvereine Kretas folgende Erklärung an die Admirale richten: „Die christlichen Kretenser fühlen sich eins mit dem griechischen Volke, und der einzige Zweck der bisherigen acht Revolutionen war die Vereinigung mit dem Mutterlande. Da aber Europa dieselbe leider gegenwärtig für undurchführbar erklärt, dagegen oblige Autonomie und die Entfernung der türkischen Truppen von der Insel jagt, und da ferner die Kretenser überseits den Frieden zwischen Griechenland und der Türkei wiederhergestellt sehen möchten, so verschieben sie die Erfüllung ihrer Wünsche auf Vereinigung mit Griechenland auf bessere Zeiten und bitten um baldigste Durchführung der neuen Verfassung. Sie geloben, daß unter derselben alle Bewohner der Insel, gleichviel welcher Konfession oder welchen Stammes sie sind, vor dem Gesetz gleich sein sollen.“

Kanea, 24. Juni. (Meldung der „Agence Havas“.) Infolge eines vorgekommenen Waffenstillstands fanden in Halepa eine Durchsuchung mehrerer Häuser von Mohamedanern und einige Verhaftungen statt. Die heftig erregten Mohamedaner protestirten lebhaft. Die Truppen besetzten das Stadtviertel Poros.

Reichstag.

286. Sitzung vom 24. Juni 1897, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Bressler. Die dritte Beratung der Handwerker-Vorlage wird fortgesetzt bei dem von den Sozialdemokraten beantragten neuen Artikel 10, welcher lediglich die von der Regierung vorgeschlagenen Vorschriften über die Konfektionsarbeiter in die Vorlage hinein-arbeiten will.

Es handelt sich darum, daß der Bundesrat das Recht haben soll, für bestimmte Gewerbe (d. h. für die Konfektionsarbeiter) Lohnbücher oder Arbeitszettel einzuführen (§ 114a der Gewerbe-Ordnung) und die Arbeiterschutz-Bestimmungen auf die Konfektionsarbeiter, speziell auf die Heimarbeiter, (§§ 185, 187a, 188 und 189 der G.-O.) auszudehnen. Ferner enthält der Antrag die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Konfektionsarbeiter.

Präsident v. Buol ist zweifelhaft darüber, ob diese letzten Anträge mit der Sache in Verbindung stehen, behält sich aber die Entscheidung vor bis zur Begründung der Anträge seitens der Antragsteller, die einen solchen Zusammenhang vielleicht nachweisen können.

Zunächst kommt die Frage der Lohnbücher oder Arbeitszettel zur Verhandlung.

Abg. Wollensbuehr (Soz.) weist darauf hin, daß die Konfektionsarbeiter Arbeiten übertragen erhalten, ohne daß ihnen der Lohn bekannt gegeben worden ist, worüber nachher sehr viele Schwierigkeiten entstehen. Ein schriftlicher Arbeitsvertrag ist bisher nicht zu erwirken. Es wäre nun wünschenswert, wenn gleich ein allgemeiner Lohnzettel eingeführt würde, der sehr wohl möglich ist, wenigstens für die meisten Geschäfte. Die Preise der Konfektionswaren werden ja von vornherein mit einem bestimmten Lohnsatz kalkuliert, der auch dem Arbeiter bekannt gegeben werden könnte, damit nicht willkürliche Änderungen vorgenommen werden können. Wo Lohnsätze nicht möglich sind, wird der Bundesrat andere Verfügungen treffen können, denn der Bundesrat soll ja nicht überall solche Vorschriften einführen, sondern nur das Recht dazu haben. Unmögliches wird auch der Bundesrat nicht verlangen.

Abg. v. Hertling (Z.): Als Vorsitzender der Kommission, welcher der Gesetzentwurf, um den es sich hier handelt, überwiesen worden ist, muß ich mitteilen, daß die Kommission sich konstituiert hat an dem Tage, an welchem der Reichstag sich versagte. Vorgestern habe ich die Kommissionsmitglieder zusammenberufen, und die Mehrheit war der Meinung, daß die Erledigung dieser Vorlage nicht mehr zu erwarten sei, da sie unverändert kaum angenommen werden würde. Auch der Vorredner hat die Schwierigkeit der Verhandlungen anerkannt, und darauf hat die Kommission zu ihrem großen Bedauern mit Rücksicht auf die Geschäftslage die Beratung unterlassen. Man könnte ja im Plenum die Vorlage beraten. Meine Freunde hätten die Vorlage ohne weiteres angenommen, aber auf den Boden des Antrages können wir uns nicht stellen. Wir müssen denselben daher ablehnen.

Abg. v. Hehl (natl.): Alle Mitglieder der Kommission waren der Meinung, daß das Gesetz nach der einen oder anderen Seite hin amendiert werden müsse; eine Kommissionsberatung war daher dringend notwendig, und es war eine Verschleppung damit nicht beabsichtigt. Wir haben bereits bei der Interpellation 1896 erklärt, daß wir die Materie für spruchreif hielten und sofort eine Vorlage wünschten. Die Vorlage hätte, wenn es nach unseren Wünschen gegangen wäre, schon im vorigen Jahre eingebracht und erledigt werden können. Wir haben erreicht, daß die Arbeiterschutz-Bestimmungen auf die Konfektionsindustrie ausgedehnt worden sind; aber wir wünschen auch die Ausdehnung auf die Heimarbeiter. Die Anträge der Sozialdemokraten beschränken sich auf die Vorlage, welche die Regierung uns in dieser Frage gemacht hat; sie halten sich nicht einmal auf der Höhe der europäischen Gesetzgebung. Man verlangt allgemein eine Spezialinspektion, namentlich auch eine weibliche Inspektion für die Wäschekonfektion. Unsere Anträge gingen über die Anträge der Sozialdemokraten weit hinaus, die uns in keiner Weise genügen. Wir wollen nicht die Krankenversicherung allein, sondern auch die Invalidenversicherung auf die Konfektionsarbeiter ausdehnen. Die sozialdemokratischen Anträge entsprechen nicht den nationalliberalen Anträgen und auch nicht den Wünschen der Arbeiter. Wir lehnen es ab, bloß der agitatorischen Wirkung wegen so etwas mitzumachen. Wir sind aber bereit, gründlich in der Kommission zu beraten.

Abg. Gamp (Rp.): Wir sind bereit, die Mißstände in der Konfektionsbranche zu beseitigen, aber wir wollen deshalb dem Bundesrat nicht so wesentliche Befugnisse geben. Da die Vorlage auf eine Kommission verwiesen ist, müssen wir es ablehnen, an der Diskussion und zu beteiligen, und werden die gestellten Anträge ablehnen.

Abg. v. Lebedew (L.): Meine Freunde nehmen den lebhaftesten Anteil an diesem Gegenstande, der hier sehr unversehens angeregt wurde. Nach den Verhandlungen zwischen den Vertretern aller Parteien stand es fest, daß unsere Verhandlungen in dieser Woche beendet werden sollen. Darauf haben wir uns alle eingerichtet. Wir können daher jetzt nicht auf die Beratung des tief eingreifenden Antrages uns einlassen.

Abg. Singer (Soz.): Auf die Kommissionsberatung hat mein Freund Wollensbuehr natürlich deshalb kein Gewicht gelegt, weil keine Forderung vorhanden war, daß deren Ergebnisse noch im Plenum zur Erledigung hätten kommen können. Deshalb muß die Sache im Plenum erledigt werden, und wenn es den Herren ernst ist, dann sollten sie ihre Sehnsucht nach der Sommerfrische noch einige Tage unterdrücken und diese Frage hier erledigen. Herr v. Hehl geht die Anträge für die Arbeiter nicht weit genug. Etwas Komischer habe ich aus nationalliberaler Munde noch nicht gehört. (Heiterkeit links, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Die Nationalliberalen sind immer bemüht gewesen, die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Unwahrl!) Ein Nationalliberaler war es, der in der Verschleppungskommission die Gewerbe-Ordnungs-Kommission am meisten verschlechterte. (Sehr richtig! links.) Es glaubt niemand im Lande, daß die Gründe des Herrn v. Hehl, die ja seiner eigenen Herzdenkmeinung entsprechen mögen (Heiterkeit), allein maßgebend sind für die Ablehnung der Vorlage. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Kommen Sie mit Ihren Anträgen, Herr v. Hehl, unserer Zustimmung sind Sie sicher. Wir wollen den Arbeitern wenigstens das sichern, was die Bundesvorlage bringt. Wir haben von vornherein eine Kommissionsberatung lediglich als eine Verschleppung erkannt und wollten sie deshalb vermeiden. Bei der gegenwärtigen Stellung, die innerhalb der verbündeten Regierungen zur Sozialpolitik eingenommen wird, haben wir nicht die Sicherheit, daß die Vorlage wiederkommt, und wir wissen auch nicht, ob Herr v. Hehl später mit seinen Anträgen durchdringt. Denn es könnte nachher Stumm Trumpf sein, und deshalb sollten die Herren vom Zentrum sich überlegen, ob man nicht wenigstens das wenige für die Arbeiter nimmt, was jetzt geboten wird. Die Situation ist ja dahin zu beurteilen, daß die ganzen Ministerien hauptsächlich in der veränderten Auffassung der Sozialpolitik ihren Grund haben. Es besteht nicht bloß der Wunsch, denjenigen zu bestrafen, der einen anderen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert, sondern man will auch diejenigen bestrafen, welche auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter hinwirken. Deshalb müssen wir das in der Vorlage gebotene annehmen, welches einen kleinen Teil der festgestellten Mißstände beseitigt. Die Beratungen werden sich nicht lange ausdehnen, wenn die Herren vom Zentrum ihren ursprünglichen Gedanken, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen, trenn bleiben wollten. Schlechter würden die Verhältnisse durch die Annahme der Vorlage nicht werden. Der Reichstag hat jetzt Gelegenheit, sein

gegebenes Wort einzulösen. Die Regierung wird ihre eigene Vorlage, wenn sie in die Handwerker-Vorlage hineingearbeitet ist, nicht zurückweisen können. Den Arbeitern wird der Sperling in der Hand lieber sein, als die Taube auf dem Dache, die ihnen Herr von Hehl in Aussicht stellt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Die Sozialdemokraten glauben noch an die Heilkraft von Polizeimaßregeln, und deshalb sehen sie sich über alle konstitutionellen und parlamentarischen Bedenken hinweg. Wir glauben nicht daran. Alles Vorgesagte sind nur Pfäferchen, nur Verfluche, an Symptomen zu kurieren. Die Hauptursache liegt in der mangelnden Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts, welches sich bei dem Mangel anderer Erwerbsquellen dieser Arbeit zudrängt. Versprechungen haben wir in dieser Frage nicht gemacht. Es handelt sich nur um einen taktischen Zug, die andere Parteien ins Unrecht zu setzen, sonst hätten Sie den Antrag nicht erst gestern eingebracht. (Zuruf: Kommission!) Sie wußten schon vor drei Wochen sehr gut, daß die Kommission nichts mehr fertig bringen würde. Und nun sollen solche wichtigen Bestimmungen in der dritten Lesung ohne zweite Lesung angenommen werden. Wenn Stumm Trumpf ist, dann macht Stumm von den Vollmachten, die dem Bundesrat gegeben werden sollen, keinen Gebrauch. (Heiterkeit.) Glauben Sie, daß Herr v. Bötticher die letzten Stunden seines Daseins nur damit ausfüllen wird, von diesen Vollmachten Gebrauch zu machen? (Heiterkeit.) Die Erfahrungen mit den Vollmachten, die man dem Bundesrat erteilt hat, sind nicht verlockend, auf diesem Wege weiterzugehen. Bei dem Rückschlag kann sich die Meinung jeden Augenblick ändern. Der Kladderadatsch kann bald nach dieser, bald nach jener Seite gehen. (Heiterkeit.) Unter solchen Umständen giebt man überhaupt keine Vollmachten. Der Reichstag kann ebenso klug sein wie der Bundesrat.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Gegen den Vorwurf, daß unser früherer Kollege Möller in der Verschleppungskommission die Gewerbe-Ordnung verschlechtert habe, brauche ich ihn nicht in Schutz zu nehmen; denn er versteht von sozialpolitischen und gewerblichen Dingen viel mehr als die Sozialdemokraten. Bei den materiellen und formellen Bedenken hätte auch Herr Singer auf die Beratung verzichten sollen. Aber wenn er die Dreistigkeit hat (Anträge bei den Sozialdemokraten), uns vorzuwerfen, daß unsere vorgebrachten Gründe nicht die wirklichen sind, so nenne ich sein Vorgehen lediglich ein agitatorisches. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. von Hehl (natl.): Die Untersuchungen haben viel schlimmere Dinge ergeben, als die Begründung der Vorlage andeutet; es wird mit der menschlichen Arbeitskraft geradezu ein Wunder getrieben, gegen den scharfen Maßregeln notwendig sind. Herr Singer weiß das selbst wohl sehr gut. Ohne Anwendung der Vorlage würden die Arbeiter geradezu in die Hausindustrie hineingetrieben. Anträge kann ich doch nicht stellen; denn ich kann nicht in wenigen Stunden einen ganzen neuen Art. 7 der Gewerbe-Ordnung für die Heimarbeiter vorschlagen. Dazu gehört eben eine Kommissionsberatung. Hoffentlich gelangen wir mit dem Zentrum im Herbst zur Verständigung über unsere Anträge und beweisen, daß wir für die Arbeiter etwas Durchgreifendes thun wollen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hige (Z.): Wir hätten die Vorlage der verbündeten Regierungen schlankeweg angenommen, wenn von anderer Seite keine Anträge in Aussicht gestellt worden wären. Zu den Parteien, die auf Anträge nicht verzichten wollten, gehörten auch die Sozialdemokraten. (Hört! rechts.) Wenn wir uns dazu herbeiließen, die Anträge in die Handwerker-Vorlage aufzunehmen, würden Sie (die Sozialdemokraten) sich dann bereit finden lassen, für das ganze Gesetz zu stimmen? (Große Heiterkeit.) Das ist die Art der Sozialdemokraten, sie bringen selbst in dritter Lesung noch Anträge ein, um die Welt in Erstaunen zu setzen. Aber nachher stimmen sie schließlich gegen die Vorlage. Wenn wir in die Falle gehen und für die Anträge stimmen würden, und die anderen Parteien würden sich von uns abwenden, dann würden nicht bloß Ihre Anträge zu Falle kommen, sondern auch die Handwerker-Vorlage, die wir endlich fertig gebracht haben. Können Sie das von uns verlangen?! (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.): Das Zentrum sucht ja auch die Gesetze, die vorgelegt werden, einigermassen zu verbessern, auch wenn es ihnen sonst nicht zustimmt. Wenn die Anträge des Zentrums in der nächsten Session bei der Regierung keine Gegenliebe finden, so wird das Zentrum es befragen, heute nicht für unsere Anträge gestimmt zu haben. Schließlich kann man ja unsere Anträge an eine Kommission verweisen und die Schlussabstimmung über die Handwerker-Vorlage bis zur Erledigung der Kommissionsberatung aussetzen (Heiterkeit). Der grundsätzliche Widerspruch des Herrn Richter beruht auf dem besten Manichäismus, welches den Staat bloß als Nachwächter betrachtet. Gewiß sind die Vollmachten an den Bundesrat bedenklich. Der Reichstag ist allerdings ebenso klug als der Bundesrat (Heiterkeit); Zuruf: Das ist kein Kompliment!, aber ich traue in sozialpolitischen Dingen dem Bundesrat immer noch mehr zu, als der freisinnigen Partei. (Heiterkeit.)

Abg. Hige: Es zeigt sich immer deutlicher, daß diese Anträge nur ein lechter Versuch sind, die Handwerker-Vorlage zu stalle zu bringen. Wenn wir bezüglich der Konfektionsarbeiter-Vorlage alle Anträge schließlich abgelehnt hätten, hätten dann die Sozialdemokraten für die Regierungsvorlage gestimmt? Sie hätten wohl irgend einen Punkt gefunden, um dagegen zu stimmen, wie Sie es bei allen sozialpolitischen Gesetzen gemacht haben.

Abg. Richter: Die Vorlage besteht nur aus Vollmachten, und ohne Vollmachten für den Bundesrat wäre sie ein Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt. Die Behauptungen des Herrn von Hehl sind in der Enquete über die Konfektion zum Teil als unrichtig bewiesen worden, sonst hätte man auch in der Kommission für Arbeiterschutz weitergehende Anträge gestellt. Wir betrachten den Staat nicht bloß als Nachwächler. Wir sind schon vor Jahrzehnten für die Einführung der Haftpflicht eingetreten und haben den Arbeiterschutz in jeder Weise gefördert. Unsere sozialpolitischen Anträge fanden früher den Widerspruch des Bundesrats. Daß die Sozialdemokratie so zugenommen hat, liegt darin, daß die jüngere Generation so sehr in der Polizeigesinnung, in dem Glauben an die Allmacht der Polizei erzogen ist (Heiterkeit); daher wollen die Sozialdemokraten dem Bundesrat alle von ihm gewünschten Befugnisse geben. Gegenüber der übertriebenen Einmischung des Staates in die gewerblichen Verhältnisse ist eine Reaktion am Platze; denn die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist durch diese Politik nur gesteigert, nicht vermindert worden.

Abg. Friedberg: Wenn ich die Aeußerung des Herrn Singer als dreist bezeichnet habe, so wollte ich ihn dadurch nur mahnen, daß er sich einer anständigeren Ausdrucksweise bedienen solle.

Präsident v. Buol ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Singer (Soz.) lehnt es ab, von Herrn Friedberg Anstände- lehren entgegenzunehmen. Die Sozialdemokraten verlangen den Schutz der Polizei für die Arbeiter gegen die Unternehmer, während die Manichäerwörter den Schutz der Polizei für die Unternehmer gegen die Arbeiter fordern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das hat sich besonders in der Haltung der „Freisinnigen Zeitung“ beim Buchdruckerstreik gezeigt.

Darauf schließt die Diskussion. In persönlicher Bemerkung verweist sich Abg. Richter dagegen, daß die „Freisinnige Zeitung“ in dem Buchdruckerstreik die Hilfe der Polizei angerufen habe.

Abg. Friedberg: Ich unterwerfe mich der Rüge des Präsidenten, möchte ihn aber fragen, welche Waffe mir zu Gebote steht gegen den Vorwurf des Herrn Singer, daß wir andere Motive hier vorbringen, als wir wirklich haben.

Präsident v. Buol: Es ist nicht meines Amtes, den Herrn Abgeordneten darüber zu befehlen. (Große Heiterkeit.)

Die sozialdemokratischen Anträge werden darauf abgelehnt, soweit sie sich auf die Gewerbe-Ordnung beziehen.

Bezüglich der Einbeziehung der Konfektionsarbeiter in der Krankenversicherung führt

Abg. Singer aus, daß die Krankenversicherung der Konfektionsarbeiter insofern mit der Vorlage im Zusammenhang stehe, als ja die Konfektionsäre Innungen bilden und Innungs-Krankenkassen einrichten könnten. Jedenfalls müsse für die Krankenversicherung der Heimarbeiter Sorge getragen werden, nachdem die Hoffnungen, daß die Kommunen durch Ordstatut diese Versicherungspflicht einführen würden, zu schanden geworden sind. Es muß deshalb zu gesetzgeberischen Maßregeln gegriffen werden.

Auch dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Resolutionen. Die Kommission beantragt zunächst: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Handwerkerstande eine wesentliche Förderung dadurch angedeihen zu lassen, daß im Bedarfsfalle Geldunterstützungen zur Ausführung der den Innungen obliegenden Aufgaben gewährt werden.

Abg. Jorns (natl.) spricht sich für die Annahme dieser Resolution aus.

Die Resolution wird angenommen.

Eine zweite Resolution lautet: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für das Baugewerbe und diejenigen anderen Gewerbe, deren Ausübung mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist, der Befähigungsnachweis eingeführt wird.

Die Abgg. Hige und Genossen (Z.) beantragen, vor den Worten „für das Baugewerbe“ die Worte „für die handwerkswichtigen Gewerbe, insbesondere“ einzuschalten.

Abg. Gamp erklärt, daß die Mehrheit der Reichspartei nicht für diesen Antrag, sondern nur für den Kommissionsantrag stimmen könnte.

Abg. Waffermann (natl.): Ein Teil meiner Freunde würden für das Baugewerbe den Befähigungsnachweis zugestehen können, aber nicht für andere Gewerbe.

Abg. Hige erklärt, daß das Zentrum bei Ablehnung seines Antrages sich mit dem Antrage der Kommission begnügen würde, der eine Abschlagszahlung enthalte, der vielleicht bald weitere folgen würden.

Abg. v. Frege (L.) erklärt sich für den Antrag des Zentrums, weil die Handwerker auf den Befähigungsnachweis einen größeren Wert legen als auf alle anderen Punkte der Vorlage.

Abg. Richter betrachtet die Resolution als eine Rückzugsbrücke und hält den Befähigungsnachweis auch in der Beschränkung auf das Baugewerbe nicht für zweckmäßig, wie die früheren Erfahrungen in Preußen bewiesen.

Der Antrag des Zentrums wird mit 166 gegen 126 Stimmen angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Nachtragsetzes, betreffend die Besoldungsverbesserungen. In der Generaldiskussion kommt

Abg. Schäfer (Z.) auf die Einführung der Abendloft für die Mannschaften zurück. Der Schatzsekretär hat schließlich nur von einer Ausbesserung der Mannschafloft überhaupt gesprochen. Redner wünscht eine Erklärung des Kriegsministers darüber, was in dieser Frage geschehen werde, da er diese Frage in Verbindung mit der Besoldungsbesserung erledigt zu sehen wünscht.

Staatssekretär des Reichsschatzamt Graf Posadowski: Ich kann erklären, daß die Mittel in den nächsten Etat eingestellt werden für die Verbesserung der Kost der Mannschaften. Damit dürfte dem Wunsche des Vorredners Genüge geschehen sein.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wir haben in Preußen und im Reich große Summen aufgewendet zur Ausbesserung der Beamtenbesoldungen. Diese Ausbesserungen sind erfolgt auf grund älterer Zusagen. Gleichwohl habe ich schon im Abgeordnetenhaus ausgesprochen, daß der Zeitpunkt für die Besoldungsverbesserungen ein unglücklicher sei, weil die Landwirtschaft sich in einer Nothlage befindet und kein Verständnis für diese Mehrausgaben hat. Nachdem die Beamtengehälter in dieser Weise erhöht sind, erachte ich es für die zwingende Pflicht der verbündeten Regierungen, endlich etwas zur Befestigung des Wohlstandes der Landwirtschaft zu thun. (Anruhe links.) Es sind verschiedene Anforderungen gestellt, z. B. bezüglich der Aufhebung der Zollkredite, aber es ist nichts geschehen.

Abg. von Plöh (dl.): Im großen und ganzen kann ich mich dem Vorredner anschließen. Meine Freunde haben für die Vorlage gestimmt, und ich werde es wohl diesmal auch thun, wenn auch mit schwerem Herzen.

Abg. Schwarze (Z.) beanregt, daß insolge unrichtiger Informationen für die Beamten des Statistischen Bureaus nichts geschehen sei.

Abg. von Jazdzewski erklärt namens der Polen, daß sie den Beamten gewähren wollen, was die Regierung verlangt; sie verlangen aber von dem Reichskanzler und der Regierung, daß die Beamten angewiesen werden, gerecht zu verfahren gegen alle Landesangehörigen.

Darauf werden die Besoldungsverbesserungen ohne weitere Debatte in einzelnen bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte. Die Vorlage wird unverändert nach den Beschläßen der zweiten Lesung angenommen, nachdem zwei Anträge, die Städte Böhm und Wiltsch aus der IV. in die III. Servistasse zu versetzen, abgelehnt waren.

Darauf wird die Handwerker-Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 118 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Deutschkonserativen mit Ausnahme der Abgg. v. Bieder, v. Werdeck und v. Plöh, die Reichspartei, das Zentrum mit Ausnahme des Abg. Mehner, die Weissen, die Mehrheit der Nationalliberalen und die Antisemiten Förster-Resnaitin und Lieber-Weissen. Gegen die Vorlage stimmen die Sozialdemokraten, die deutsche und die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung, von den Nationalliberalen die Abgg. Hammacher, v. Marquardsen, Abt, Waffermann, Bürlin, v. Cump, Frank-Baden, ferner die Polen, die deutsch-soziale Reformpartei und die wildkonserativen Abgg. Hahn und von Dallwitz.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Nachtragsetz, betreffend die Vermehrung des Antiklerikalmaterials u. s. w.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni, Nachmittags 5 Uhr.

Die heutige Sitzung ist die letzte vor den Sommerferien. Es werden eine Reihe von geschäftlichen Anordnungen für die Wahrnehmung der Geschäfte der Versammlung während der Monate Juli und August beschlossen. Der Ausschuss für die Prüfung der Stadtverordnetenwahlen wird beauftragt, über die gegen die Minderheit der im Juli berichtigten Wählerlisten etwa eingehenden Proteste zu beraten und Bericht zu erstatten.

Eine Reihe von Rechnungen wird ohne Diskussion erledigt und die Entlastung der Verwaltung ausgesprochen.

Ueber die Anstellung eines städtischen Hydrologen in der Person des Herrn Ingenieurs Pfeiffe mit einem Gehalt von 6000 M. jährlich und unter den bereits bekannten Bedingungen hat sich der niedergelegte Ausschuss einverstanden erklärt. Stadtver. Birchow berichtet über die Anschaffungsverhandlungen.

Dem bezüglichen Beschlusse hat der Ausschuss noch folgende Resolution hinzugefügt:

Schließlich ersucht die Versammlung noch den Magistrat um eine Vorlage, durch welche behufs Abmahnung eines städtischen Gesundheitsamts, bereits für den nächsten Jahresanfang die Anstellung eines in der Bakteriologie erfahrenen Direktors und eines bewährten Chemikers, sowie die Errichtung eines für die Zwecke des Gesundheitsamts hinreichenden Laboratoriums in Aussicht genommen wird.

Der Referent weist auf die Schwierigkeit hin, welche sich diesem Wunsche dadurch entgegenstellt, dass der Staat sich immer noch weigert, die Sanitätspolizei auf die Stadt zu übertragen, und fügt aus, dass die Anstellung weiterer Beamter und die Errichtung des Laboratoriums verlangt werden, um die Richtung der Wünsche der städtischen Bevölkerung mit hinreichender Deutlichkeit auszudrücken und damit einen Druck auch auf die Entscheidung der Regierung auszuüben. Von den Ausgaben, die dem Hydrologen zu stellen seien, hat der Ausschuss diejenigen, welche die Verfolgung aller Fortschritte auf dem Gebiete der Wasserreinigung und selbständiges experimentelles Studium der auf dem Gebiete der Hydrologie und der damit verbundenen Fragen noch zu lösenden Probleme betreffen, als den Umfang des neuen Postens überschreitend aus dem vom Magistrat aufgestellten Tableau herausgehoben.

Stadt. Spina hat Bedenken gegen den in der Resolution aufgeführten Direktor, da doch die Konstruktion des Gesundheitsamts noch in der Zukunft liege.

Stadt. Schwabe wünscht die Errichtung regelmäßiger Berichte durch den Hydrologen.

Vorsteher Langerhans hält lehreres für selbstverständlich und bittet um unveränderte Annahme der Ausschussvorschläge. Die Stadt müsse zeigen, dass sie fähig sei, ein leistungsfähiges Gesundheitsamt ins Leben zu rufen unabhängig vom Staate.

Stadt. Sanitätsrath Ruge ist für die Ausschussvorschläge, will aber auch den Ausdruck „Direktor“ beseitigen, da es für diesen Beamten noch nicht zu dirigieren gebe.

Stadt. Dr. Jabel: Die Vorlage ist uns sehr sympathisch, da wir ja gerade die Idee derselben seit Jahren eifrig vertreten haben. Ich schliesse mich den Ausführungen des Vorstehers an und hätte nur gewünscht, dass er diese zustimmende Haltung schon vor vier Jahren bekundet hätte, wo wir zum ersten Male ein städtisches Gesundheitsamt beantragt hätten. Jetzt scheint ja der Magistrat auch der Ansicht zu sein, dass die Staatsregierung und keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird, wenn ein solches Amt von Stadt wegen eingerichtet wird. Von den städtischen Gesundheitsämtern, die wir auch verlangt haben, und die mindestens ebenso wichtig sind wie der Bakteriologe und der Chemiker, finde ich leider in der Vorlage nichts, obwohl diese Institution in Süddeutschland und England überall, wo solche Gesundheitsämter vorhanden sind, die Hauptrolle spielt. Aber diese Dinge werden sich erst näher erörtern lassen, wenn die Errichtung eines solchen Amtes angebahnt ist. Die Ablehnung der beiden erwähnten Punkte in dem Tableau der Ausgaben für den neuen Beamten durch den Ausschuss verstehe ich nicht, sie scheinen mir doch recht harmlos; andererseits heißt es, sich ein Attest ausstellen, wenn man dem Mann einfach verweigern will, das selbständige Studium auf diesem Gebiete zu betreiben. Tatsächlich ist aber auf diesem Gebiete nichts mehr zu arbeiten, die Sache ist kritisch gesichtet und durchgearbeitet; wir wissen, dass es mit dem Oberflächenwasser nicht mehr geht.

Nachdem noch Stadt. Mommsen sich gegen die Resolution ausgesprochen, von deren Verwirklichung er bei der ungelärten Rechtslage nur Konflikte mit den Polizeibehörden fürchtet, werden die Ausschussvorschläge mit der Modifikation angenommen, dass nur von einem erfahrenen Bakteriologen in der Resolution die Rede ist.

Für Reiseausgaben an städtische Beamte und Lehrer, welche die Weltausstellung in Chicago besuchen wollten, waren am 8. Juli 1898 28 000 M. bewilligt worden, und zwar sind davon 25 000 M. an 14 Beamte und Lehrer verteilt worden. Sämtliche Herren haben Reiseberichte erstattet. Diese Berichte sind einem Ausschusse zur Prüfung auf die Möglichkeit der Veröffentlichung hin überwiesen worden. Der Ausschuss hat seine erste Sitzung am 16. Juni 1898 abgehalten. Damals waren aber noch nicht alle Berichte eingegangen; er hat am 15. Juni 1897, ein Jahr später, seine zweite Sitzung abgehalten. Jetzt liegen sämtliche Berichte vor. Von der Veröffentlichung dieser soll inoffiziell Abstand genommen werden, weil die Kosten zu bedeutend sein würden und die Ausstellung schon viel zu weit zurückliegt. Die Berichte sollen der Magistratsbibliothek überwiesen werden. Um aber so ungenügende Berichterstattungen in Zukunft zu vermeiden, soll der Magistrat ersucht werden, dafür Sorge zu tragen, dass in ähnlichen Fällen die Berichte der betreffenden Beamten spätestens binnen vier Monaten nach der Rückkehr eingeleitet werden.

Die Versammlung beschließt dementsprechend ohne Debatte. Die freihändige Erwerbung des seit der Verlegung der Seltener Bahn verfügbar gewordenen Bahnterrains zwischen Bülte- und Grunthalstraße auf der Strecke von der Christianiastraße bis zur Weichbildgrenze zum Preise von 25 M. für jeden der 7718 Quadratmeter wird vom Magistrat zur Freilegung der betreffenden Straßen und zur Schaffung einer Mittelpromenade vorgeschlagen.

Die Stadt. Wallach und Gsmann halten den vom Eisenbahndirektor geforderten Preis für viel zu hoch und befürworten Ausschussberatung.

Nach längerer Beratung wird ein Antrag Wohlgemuth, die Vorlage mit der Modifikation, dass nur 20 M. für den Quadratmeter geboten werden sollen, anzunehmen, zum Beschlusse erhoben.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind von untergeordnetem Interesse.

Schluss 7¼ Uhr.

Lokales.

In Sachen Ziegen theilten wir bereits mit, dass die Dinge äußerlich wenigstens eine interessante Wendung genommen hätten. Es bestätigt sich dies nach jeder Richtung hin: es ist gelungen, einen neuen Zeugen zu finden, der anzugehen gewillt ist. Der Zeuge hatte sich schon vor längerem gemeldet, die Vertheidigung in Sachen Ziegen legte keinen Werth auf dieses Zeugnis und so blieb es privater Ermittlung überlassen, diesen Zeugen auf seine Wissenschaft und seine Glaubwürdigkeit hin zu prüfen. Dabei sind ganz überraschende Dinge ans Licht gekommen. Der Zeuge dürfte in einem Wiederaufnahme-Verfahren kaum abgelehnt werden können. Seine Befundungen sind über jeden Zweifel erhaben, und seine Person bürgt dafür, dass er nicht wieder als besagten oder bestohlenen ausgegeben werden kann. Wenn in einer hiesigen Korrespondenz behauptet wird, der Vertheidiger Ziegen's scheine wenig Hoffnung auf einen günstigen Ausgang zu haben, so ist diese Bemerkung weder lakonisch, noch entspricht sie der Wahrheit. Rechtsanwalt Benzmann — der beiläufig zu unserer Freude sich des besten Wohlwunsches erfreut und überhaupt nicht krank war — hat im Gegenfall die Absicht, sich selber nach Oberfeld zu begeben, und die Zehntfachen, welche neu zu Tage getreten sind, einer genauen Prüfung zu unterwerfen.

Die von der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1896 veranschlagt auf die Stadtgemeinde zu zahlende Rente (8 pCt. der Brutto-Einnahme) beträgt 1 847 764 M. Hieraus sind bereits anfangs d. J. 607 683 M. an die Stadt-Kassakasse abgeführt worden, der Rest mit 740 081 M. wird am 1. Juli d. J. fällig.

Die städtische Verkehrsdeputation hat der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft die Genehmigung zur Weiterführung des elektrischen Betriebes der Linie Zoologischer Garten-Treptow bis zur gegenwärtigen Endhaltestelle der Pferdebahn beim ehemaligen Kemmer'schen Restaurant, sowie zum zweigleisigen Ausbau der Abfahrtsstelle daselbst erteilt.

Das „Kleine Journal“ zeigt sich durch den Musikreferenten-Projekt seines Tappert am wenigsten touchirt. Auf die Stubenhiebe, mit denen die anständigere Presse das Gebahren der musikalischen Weltnehmer geächtet hat, entgegnet das Blättchen: „Das derlei Anpassungen jede Wirkung auf uns verleiht, beweist der Umstand, dass Herr Wilhelm Tappert in unserer gestrigen Nummer die Kritik über Puccini's „Bodeme“ geschrieben und unterzeichnet hat.“ Das ist so herzlich erfindend offen ausgedrückt, als ob der selbige Epich sein journalistisches Glaubensbekenntnis abgelegt hätte.

Das Bier der Arbeiter. Eine Anordnung, die gerechtes Mißbehagen unter den in Betracht kommenden Arbeitern hervorgerufen hat, ist von dem Fabrikanten Leopold Stern in der Köpnicerstraße getroffen. Der Herr hat wörtlich folgendem Ulaß erlassen:

Hiermit zur Kenntniß, daß der Bierverkauf nur allein Kesselheizer Poligkeit übertragen worden ist. Es darf somit von anderweitig kein Bier in der Fabrik rein kommen. Dagegen verpflichtet sich Poligkeit wöchentlich 8 M. an die Straflosse zu zahlen, und jede halbe Stunde vor Frühstück und Besper einen Jungen zum Einholen von Esswaaren zu stellen. Die Bestimmungen der Procentgebühren kann nach Uebereinkommen zur Landpartie oder sonstigen Veranstaltungen getroffen werden.

Berlin, den 22. Juni 1897.

Im Auftrage: Leopold Stern, Poligkeit.

Da eine große Anzahl Arbeiter in der Fabrik beschäftigt sind, so würde der Maschinenwärter Poligkeit, der hier als Glanztling des Herrn Stern in Betracht kommt, bei alledem einen hübschen Nebenverdienst haben. Die Arbeiter meinen nun aber, erstens, daß der Wärter am gefährlichen Dampfkegel viel nachzudenken muß, als am Bierkorb, und zweitens, daß der Fabrikant eine ganz grobe Ungehörigkeit begeht, wenn er sich derart in die Privatangelegenheiten seiner Leute einmischt.

Gegen die Färbung von Haut- und Schabefleisch durch die sogenannte Mehl-Präserven wird von der Polizeibehörde in letzter Zeit sehr scharf vorgegangen. Eine Anzahl von Schlächtereimern ist wegen Verwendung des Präparats, das dem in der warmen Jahreszeit bald seine Farbe verlierenden Fleisch ein frisches Aussehen verleiht, zu Geldstrafen bis zu 100 M. verurtheilt worden. Während bisher ein Zusatz von 0,2 pCt. von Mehl-Präserven zum Fleisch anstandslos gestattet war, soll jetzt diese verbotene Zuthat als Verstoß gegen das Nahrungsmittel-Gesetz bestraft werden.

Das Komitee für das Märzgefallenen-Denkmal geht die Kommunalverordnungen verschiedener Städte um Beiträge zum Denkmalsfonds an. Daß dies ein ziemlich fruchtloses Beginnen ist, wird einleuchten. In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Frankfurt am Main beantragte der Redner der fortgeschrittenen Fraktion, über das Gesetz zur Tagesordnung überzugehen, da der allgemeine Steuerfächer der Stadt nicht für auswärtige Lokalangelegenheiten (N) da sei. Die bürgerlichen Denkmalsämter in Berlin müssen die Bestimmung ihrer Parteigenossen schlecht kennen, wenn sie sich über die Ablehnung und ihre echt philiströs-fortschrittliche Begründung etwa noch wundern.

Dem Magistrat von Berlin hat der Oberpräsident, Staatsminister Dr. v. Mosenbach, ausgegeben, sofort ein Verzeichnis der in den einzelnen städtischen Bureaus beschäftigten Kandidaten einzureichen, da diese Stellen sämtlich durch Medaillen-Awarder zu besetzen seien. In allen städtischen Bureaus wurden die Kandidatenstellen bisher nur ganz ausnahmsweise mit Militäranwärtern besetzt. Jedemfalls wird hier, so wird gemeldet, die Stadtgemeinde im Wege des Zwanges die Verorgung der Kandidaten anerkennen müssen, die bisher in bezug auf Pension und Rekrutenverorgung völlig vernachlässigt wurden. Ob die Stadt sich fügen wird?

Die „Norddeutsche Allgemeine“ behauptet in einem Artikel wieder einmal, daß „unser großer Kaiser“, womit Wilhelm I. gemeint ist, „unser Reich von neuem zusammenschmiedet habe“. Daß soll die ewige Wiederholung solcher abnormen Geschichtsfälscheri?

Schade um das Papier. Das königliche Landgericht I veröffentlicht nunmehr einen Steckbrief gegen den Schriftsteller Ernst Schumann, genannt Romanus-Schumann, wegen wiederholter Majestätsbeleidigung.

Man schreibt uns: In dem Bureau der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Prenzlauerstraße 46, ist ein Arbeitsamt zu bemerken, dem unseres Erachtens auch anderweitig nicht die gebührende Beachtung geschenkt wird. In dem täglich von Hunderten, ja vielleicht von Tausenden frequentierten Raum, der für das wartende Publikum abgegrenzt ist, steht auf einem Tisch eine blaue Emaillekanne mit Wasser und daneben ein heute Morgen um 9 Uhr bereits völlig kühles Trinkglas. Wir dachten, daß es ausgeschlossen sein müsse, in einem der Gefundheit erkrankter Proletarier gewidmeten Institute derartigen, dem allgeringsten hygienischen Instinkt zuwiderlaufenden Gebräuchen zu begegnen. In diesen heißen Tagen ist der Anreiz, einen Erfrischungstrunk zu sich zu nehmen, besonders groß; die mit dem Gemüthe von etwas abgestandenen Wasser erreichte Durststilleung ist aber mit der ganz eminenten Gefahr, sich dadurch den verschiedenartigsten Ansteckungsgefahren auszusetzen, doch zu teuer erkauft. Ist die Kanne nicht in der Lage, in einem nur von Kranken besuchten Raum eine Wasserleitung anzubringen zu lassen, unter der sich jeder den Becher selbst erst genügend anzuspülen vermag, so sollte sie jede Darbietung von Wasser lieber unterlassen. Wir gehen aber mit der Annahme wohl nicht fehl, daß die Kasse im Grunde ist, ihren Mitgliedern das zu bieten, was wir verlangen.

Daß es Umstände giebt, unter denen selbst die „Norddeutsche Allgemeine“ offiziell-kapitalistischer Rouleur sich gegen Benutzung billiger Arbeitskräfte wendet, sollte man nicht für möglich halten. Und doch ist dieser Fall eingetreten, wie die folgende, dem genannten Blatte entnommene Notiz lehrt:

Die Pferdebahngesellschaft hat löblicher Weise bei der beim Hasenplatz neuerbauten Hilsbrücke über den Landwehrkanal ein Pferd angekauft, welches die Pferdebahnwagen über die ziemlich stark ansteigende Anrampfung hinaufziehen hilft. Anfangs wurde dieses Vorspannpferd von einem erwachsenen Manne bedient, seit einiger Zeit sind aber junge Leute damit betraut. Wir waren schon zu wiederholten Malen überrascht von dem gerabzu ungläublichen Ungeschick, mit dem die meisten dieser Jungs die Pferde behandeln; die jungen Leute scheinen kaum eine Anweisung über die Behandlung der Thiere, die Handhabung der Zügel u. s. w. erhalten zu haben, jedenfalls aber sie nicht zu berücksichtigen. Gestern Nachmittag kurz nach 6 Uhr wurden wir wiederum Zeuge einer solchen Szene. Der Pferdewächter, der auf der Höhe das Abzeichen W 2 trug, zeretzte das Pferd so unvernünftig an den Zügeln, daß es nicht ertrinken konnte, was es ihm sollte, und daher das Gegenstück von dem that, was W 2 wollte. Da erhob der Jungsche den nichts weniger als ungehörlichen Einwand, den er zum Einhängen der Wage bei sich führt, und hob zum Schlag gegen das Pferd aus — da konnten wir uns denn doch nicht enthalten, dem Jungschen zuzurufen, er solle erst mit dem Pferde umgehen lernen, ehe er es maltreatirt. „Der Felle geht Ihnen nicht an!“ erhielten wir zur Antwort. — Nun, wir sind anderer Ansicht und glauben, daß die Leitung der Pferdebahn der unserigen sein wird. Bis seinerzeit, wie wir oben erwähnten, anstatt erfahrener Männer die jungen Leute den Vorspanndienst übernommen haben, wurde uns auf unsere Frage nach dem Grunde dieser Kenderung die Antwort zu theil, die Leitung der Pferdebahn habe den Wechsel „aus Ersparnisrücksichten“ verfaßt. Wie sie eine Ersparnis darin erblicken kann, wenn sie ihr kostbares Pferdmaterial dem Ungeschick und der Herzlosigkeit solcher jungen Jungschen überläßt, ist nicht recht verständlich, und so viel hat wohl die Berliner Pferdebahn noch übrig, daß sie für ihren Dienst geübte Männer einstellen kann und dadurch dem Publikum das Vergnügen erspart, Zeuge halber und ganzer Thierquätereien durch ihre Angestellten zu werden.

Es ist schade, daß in den meisten Fällen, wo die Arbeiterkassen sich gegen die „Ersparnisrücksichten“ ihrer Ausbeuter auflehnen, nicht gleichzeitig die Rücksicht auf das Wohl und Wehe einer gequälten Kreatur aus dem Bilde aus der Frage kommt. Wir würden sonst vielleicht das blaue Wunder erleben, daß das offiziöse Organ für rücksichtslose Nechtung und Ausbeutung der Arbeiter gegen die Kapitalisten Stellung nimmt!

Nicht allein die Theaterangestellten des Bellealliance-Theaters, sondern auch solche Personen, welche in anderer Weise für die leistungsfähig verachtete Dilettanten Maurice und Häfeler arbeiten, sind von diesen Herren hinein gelegt worden. So wird uns mitgeteilt, daß die armen Frauen, welche die Kostüme u. s. für das Ausstattungsdrama „Konstantinopel“ anfertigen, fast sämtlich ohne Bezahlung geblieben sind. Die Näherinnen mußten s. B. nicht allein Wochentags bis in die späte Nacht, sondern selbst Sonntags arbeiten. Als einige von ihnen endlich den Direktoren ihr Elend vorstellten und wenigstens um Abschlagszahlungen baten, wurden sie kurz abgefertigt. Die Beträge, welche die Arbeiterinnen zu fordern haben, belaufen sich im einzelnen durchschnittlich auf 80 bis 60 M. Ob der Gerichtsvollzieher, den die Frauen jetzt in Anspruch genommen haben, ihnen zu ihrem Gelde verhelfen wird, bleibt wohl mehr als fraglich.

Zirkus Reuz kommt nicht wieder? Wie der Berliner Börsen-Kourier“ erfährt, soll ein Vertrag zu Stande gekommen sein, durch den der Zirkus Reuz an die Olympia-Theatergesellschaft zunächst für drei Jahre übergeht. Der Zirkus soll für die Zwecke der Ausstattungsbühne umgebaut werden. Es wäre im nächsten Winter seit dreißigjährigen Jahren das erste Mal, daß der Zirkus Reuz nicht nach Berlin kommt.

Daß nicht allein einfache Handarbeiterinnen, sondern auch höher qualifizierte Damen von unerfährlichen Ausbeutern zur Prostitution gebrängt werden, beweist aufs neue ein Stellenangebot, das sich in Nr. 288 des „Total-Anzeigers“ befindet. Die Annonce lautet:

Ein Fräulein für eine novellistische Redaktion in Stettin gesucht. Gute Handschrift, Sprachenkenntniß, etwas Zeichnen, neue Orthographie erwünscht. Arbeitszeit von 8½ bis 12¼ Uhr. 14 Tage Probe, dann per Woche 6 Mark. Sofort freie Fahrt. Adressen F. R. Paderis, Potsdamer Bahnhof.

Großkapitalistische Unternehmen im Gasthofs- und Hotelbetriebe. Unter der Firma „Hotelbetriebs-Kriegsgesellschaft“ ist im Berliner Handelsregister ein Konfession eingetragen worden, dessen Zweck der Betrieb und event. die Pachtung des der Eisenbahn-Hotelgesellschaft gehörigen Zentralhotels sowie anderer größerer Etablissements ist, die dem Hotel- oder Restaurationsbetriebe angehören, mit denselben verwandt oder verbunden sind. Die Eisenbahn-Hotelgesellschaft (Zentralhotel) ist Hauptaktionär und Gründer der Gesellschaft und beträgt das Grundkapital 2 000 000 M., worauf zunächst 25 pCt. eingezahlt sind.

Solche Erscheinungen sind den Innungs- und Befähigungsnachweis-Schwarzarmen natürlich ein Grauel.

Der Fernsprecherverkehr mit Ronneburg ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 M.

Das Befinden der Schneiderin Pinkalla giebt noch zu Bedenken Anlaß. Die Frau liegt meistens bewußtlos da und kommt nur ab und zu zur Besinnung.

In infamer Weise ist am Mittwoch der frühere Droschkentreiber Heinrich Quappe, der in der Bödcherstr. 88, Hof 8 Tr. wohnt, in Gemeinschaft mit einem Nachbar von einem Schwindler betrogen worden. Quappe, der im 84. Lebensjahre steht, ist seit Monaten krank, er erhält von seiner Krankenkasse keine Unterstüßungen mehr und befindet sich daher mit seiner Frau und einer Enkelin, die er großzieht, im tiefsten Elend. Alles, was irgendwo von seinem Hausgeräth verfaßbar war, hat er dem Verhause überantworten müssen. Am Mittwoch Nachmittag erschien ein Mann in seiner Wohnung, der angeblich aus Potsdam zu kommen. Dort sei der kranke Zustand, unter den er mit seiner Familie lebe, einigen edelgütigen Leuten bekannt geworden, und diese hätten 75 M. für ihn gesammelt, damit zunächst sein Hausgeräth aufgelöst werden könne. Zu diesem Zweck müsse er aber die Ermittlungslage, die sein Hausgeräth ihm zugestell habe, in Händen haben. Der Droschkentreiber gab dem gewandten Manne das Schriftstück und dieser ging mir schnell zu einem im selben Hause wohnenden Böttcher, um demselben mit Erfolg den Betrag von 4 M. und 50 Pf. unter der Begründung abzuschwindeln, daß das Geld für Depeschen und Porto bezahlt werden müsse, andernfalls könne der arme Droschkentreiber die gesammelten 75 M. nicht bekommen. Als der Fremde das Geld in Händen hatte, verschwand er auf Rimmerwiedersehen. Der Droschkentreiber soll heute ermittelt werden, weil er seinem Hauswirth für vier Monate die Mithie schuldet.

Erbschaftsrechtsstreitigkeiten mit seinen Töchtern haben den 56 Jahre alten Konfektionschneider Karl Fischer aus der Subenerstraße 13 in den Tod getrieben. Fischer hatte aus erster Ehe eine Währtige und aus zweiter eine 19 Jahre alte Tochter. Da nun die älteste Tochter heirathen wollte, so gab es einer Erbschaft wegen Streit, der dem Manne das Leben verleidete. Vorgestern Nachmittag fand ihn seine Frau in seiner Laube aus dem Felde an der Ostbahn erhängt als Leiche auf. Der Lebensmüde hinterließ einen Bittel mit den Worten: „Ich kann mit den Frauenleuten nicht mehr fertig werden und hänge mich deshalb auf.“

Eine auffechende Verhaftung ist durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin veranlaßt worden. Es handelt sich um die Stadtbediame Wittwe Naumann, zuletzt in der Brunnenstr. 86 wohnhaft. Sie soll sich mehrfach des Verbrochens der Kindesunterschreitung schuldig gemacht haben. Es wird der Naumann zur Last gelegt, im Auftrage reicher Damen, denen es an Mutterreuden gebrach, neugeborene uneheliche Kinder gegen hohe Belohnung besorgt und die gesetzlich vorgeschriebene standesamtliche Geburtsanzeige unterlassen zu haben. Die kriminalgerichtliche Untersuchung erstreckt sich auf eine Reihe von Jahren zurück.

Ein Ergebnis hatte eine Eisirung wegen Beleidigung, welche vorgestern in der Weinmeisterstraße erfolgte. In dieser Gegend sind bekanntlich in letzter Zeit eine große Anzahl Einbruchsdiebstähle verübt worden, wodurch die Anwohner erklärlicherweise stark beunruhigt wurden. Vorgestern Nachmittag zog ein junger Mann dadurch die Aufmerksamkeit auf sich, daß er das Gehäus Weinmeister- und Neue Schönhauserstraße, in welchem allein drei Einbruchsdiebstähle stattgefunden, beobachtete. Da der betreffende auch einen wenig vertrauenswerdenden Eindruck machte, so ging ein Arbeiter E. an den Fremden heran und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er einer der Einbrecher sei. Der Unbekannte schloß sich hierdurch beleidigt und beide riefen nach einem Schutzmänn. Dieser erschien und E. wurde behufs Freistellung seiner Persönlichkeit nach der Polizeiwache föhrt; natürlich mußte auch der Fremde seine Personalien angeben und bezeichnete sich als einen Kaufmann F. Er erregte nun auf seinen Wunsch von der Polizei zum Zwecke der Anfrragung einer Beleidigungsklage die Personalien des E. und beide entfernten sich. Als nachträglich nach den Personalangaben des Kaufmanns recherchiert wurde, stellte sich heraus, daß dieser ein falsches Nationale angegeben hatte. Da inzwischen aber auch Mittheilungen einliefen, durch welche der angebliche Kaufmann verächtlich, wurden sofort Nachforschungen nach ihm angestellt, leider vergeblich. Der Unbekannte, der sich früher ziemlich viel in der Nähe der Weinmeister- und Schönhauserstraße aufhielt, ist aus der Gegend vollständig verschwunden.

Durch Verbrennen ist der fastzehnjährige Sohn Georg des Wagenmachers-Fabrikanten Weder aus der Neuen Jakobstraße 5 zu Tode gekommen. Der junge Mann war in der Werkstatt seines Vaters als Lehrling thätig, sehte mit einem glühenden Eisen, das er zur Abkühlung zum Wasser tragen wollte, seine Schürze in Brand und erlitt, da ihm alle Kleider auf dem Leibe verbrannten, so schwere Verletzungen, daß er in Bethänten verstorben ist. Die Mutter, die

